

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 3.

Berlin, den 19. Januar 1908.

12. Jahrg.

Ein Schlag ins Gesicht der preussischen Arbeiterchaft.

Millionen werteschaffender Proletarier in Preußen fordern ein Menschenrecht, sie fordern gleiches Wahlrecht zum preussischen Landtag. Bisher wurde das preussische Parlament von den ostelbischen Junkern, der kulturell und moralisch rückständigsten „Herren“-Klasse beherrscht. Die chinesische Mauer des vor 60 Jahren abgetriebenen Dreiklassenwahlrechts hielt die Vertreter des Volkes von diesem Landesparlament künstlich fern. Dies, trotzdem in der Verfassung, dem höchsten Gesetz des Staates, steht: „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich.“

Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ist also die eklatanteste Verfassungsverletzung, die es gibt. Es ist die Ungesetzlichkeit selber.

Und gegen diese Ungesetzlichkeit beginnen sich jetzt die Massen der Arbeiterchaft aus heiligstem, innerstem Rechtsgefühl aufzubauen. Lange genug haben sie die Schmach, als Menschen 3. Klasse behandelt zu werden, mit wahrer Geduld ertragen. Jetzt ist diese Geduld zu Ende. Hat doch das Winterparlament zu viel an den Interessen des Volkes gesündigt, als daß es von diesem noch länger geduldet werden könnte. Und nur von der Geduld des Volkes lebte bisher der preussische Dreiklassenlandtag, nicht von der Gnade der Regierung.

Ist erst die Geduld des Volkes zu Ende, dann hat auch dies Preußenparlament am längsten gelebt. Dennoch wagen es die Herrschaften aus Ostelbien, das Volk ob seiner Geduld noch zu verhöhnen.

So auch wieder am Tage der Erörterung des Wahlrechtsantrages der Freisinnigen am 10. Januar dieses Jahres. In ganz Preußen hatten Hunderttausende Arbeiter in Tausenden Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht demonstriert und in der Sitzung des Landtages wagte es ein pommerischer Krautjunker, mit einer verächtlichen Gebärde vom König Demos, d. h. dem preussischen Volke zu sagen, daß es nur Steuern zu zahlen, Soldaten zu stellen und sonst das Maul zu halten habe. Das Maul aufreißen soll auch weiterhin das alleinige Privilegium der Brotwucherer bleiben. Und die Regierung, was tat diese? Was sagte der Reichskanzler Bülow? Der hatte zur Feier des Tages seine bekannte und durchdringliche Rhinocerushaut umgegürtet. Das Volk verlangte auf der Straße von ihm Brot, und er gab ihm statt dessen Steine. Gestützt auf die blanken Säbel der Schutzmannschaft und auf die konfigurierten Bajonette und Maschinengewehre gab er folgende wohlberathene Erklärung ab:

„Die königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preussischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten

erwogen,

wie diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird,

läßt sich noch nicht übersehen!

Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb

abzulehnen

ist. Auch kann die königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime

nicht

in Aussicht stellen! Jede gesunde Reform des preussischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen, und deshalb auf eine gerechte

Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen

Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen:

nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen

zweckmäßig abgestuft werden kann. Sobald die königliche Staatsregierung für ihre Entschließungen feste Unterlagen gewonnen haben wird,

was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann!

wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.“

Nicht das Recht, sondern der Besitz soll also in alle Zukunft hinein in Preußen den politischen Ausschlag geben. Die Sache bleibt also auch weiterhin so: Wer die meisten Ochsen besitzt, hat das größte Wahlrecht. Somit haben in Preußen also nicht die Menschen, sondern die Ochsen das Wahlrecht! Ist das nicht eine weise Staatsverwaltung, die da das Kind nicht über die menschlichen Staatsbürger stellt? Fast möchte man vor solcher Regierungsweisheit in Gehorsam ersterben. Es entspricht eben in Preußen dem Staatswohl, daß die Ochsen höhere Wesen sind als die Menschen. Das kommt wohl daher, weil mit jenen Wesen, wie schon der schwedische Staatsmann Ogensterna sagte, jeder „Diplomat“ regieren kann.

Solche Antwort darf man heute in Preußen sechs Millionen Wählern bieten. Aber wie lange noch? Vielleicht hat der Staatskanzler schon diesmal das septimal „Niemals“ gesagt. Auch Bülows Kollege, der österreichische Ministerpräsident Gausch, hatte vor einiger Zeit dem allgemeinen Wahlrecht ein starres Nein entgegengesetzt. Aber gerade dieses Nein wurde zum Marasmus für das allgemeine Wahlrecht, und Gausch hat denn sehr bald erfahren müssen, daß ein Staatsmann niemals „Niemals“ sagen soll. Und das „Nein“ Bülows, es wird den Massen lauter und vernehmlicher und aufreizender in den Ohren gellen, als die Reden der sozialdemokratischen Agitatoren.

Noch immer war der Wille des Volkes das höchste und das ausschlaggebende Gesetz, das sagt uns in ehernen Lettern die Weltgeschichte. Und gegen den eisernen unbeugsamen Willen des Volkes helfen weder Augenspritzen noch Schnellfeuerkanonen.

Das allgemeine Wahlrecht aber ist die Tagesforderung des Volkes und es marschiert trotz aller Bülows und Malkewitze.

Das Volk verlangt kein Privilegium, aber es verlangt Gleichheit, die Gerechtigkeit, die man ihm in Preußen seit jeher vorenthalten hat. Die Vorrechte der Krautjunkergesellschaft will und wird es beseitigen. Lange genug haben die Brotwucherer des Ostens auf den Menschenrechten der Massen mit ihren schmerzigen Fuchstiefeln herumgetrampelt, es ist wahrlich höchste Zeit, daß ihnen dieser Unfug verleidet wird.

Die preussische Regierung, so sagt Bülow, gibt nichts auf Demonstrationen; will sie etwa damit sagen, daß sie auf den Volkswillen pfeift? Das dürfte ihr Magendrüsen und Kopfschmerzen verursachen. Das deutsche Volk fürchtet keinen starken Mann mehr, seit es weiß, wie psychisch schwach solche sind. Preußens Arbeiterchaft ist politisch viel zu sehr geschult, viel zu sehr zum Denken erzogen, als daß sie sich von starken Männern und ihren Helfershelfern zu Ungesetzlichkeiten verleiten ließe. Die Massen wissen es, daß nur die Gesetzlichkeit den Feind tötet. Aber im Rahmen dieser Gesetzlichkeit wird das rechtlose Volk all die tausend Mittel anwenden, die ihm schließlich das Recht bringen.

Noch ist erst die Wahlrechtsforderung ein leise sächelnder Wind, aber morgen schon kann die Bewegung zum Föhn, zum Sturm, zum Orkan werden.

Und das ist gewiß: eines Tages braust es wie Donnerhall durch ganz Preußen: „Heraus mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht!“

Raum haben wir die vorstehenden Zeilen geschrieben, da hat auch schon unschuldiges Proletarierblut die Straße und damit auch den Boden des Wahlrechtskampfes gedüngt. Es hat ihn gedüngt — nicht weil das Volk Ungesetzliches begangen hat, sondern weil es für sein Recht in friedlichster Weise demonstrieren wollte. Nachdem jetzt Märtyrerblut geflossen, schwillt der Kampf ums gleiche Wahlrecht, wenn wir aus der Geschichte Schlüsse ziehen dürfen, zur unüberstehlichen Volksbewegung an. Jetzt erst werden die Massen zum vollen Bewußtsein kommen, um was es gilt. Der Polizeihauptmann, der in allzu großem Ordnungseifer auf die harmlosen Demonstranten einhauen ließ, er hat den preussischen Junkern und den Wahlrechtsverweigerern den denkbar schlechtesten Dienst getan. Noch vor wenigen Jahren wurde Ed. Bernstein, als er Vorschlag, die Demonstration für das allgemeine Wahlrecht auf die Straße zu verlegen, im eigenen Preise ausgelacht. Heute hat sich die kämpfende Arbeiterchaft das Recht der Straße erobert. Nicht mehr in Vereinen und geschlossenen Versammlungen ertönt allein der Ruf des Volkes nach seinem heiligsten Recht, er ertönt jetzt in vollster Öffentlichkeit auf dem Markte, auf der Straße, und jetzt sind die herrschenden Klassen gezwungen, die Forderungen der Arbeitermassen anzuhören, ob sie wollen oder nicht.

Und das Volk wird sich das Recht der Straße trotz aller Schutzmannsäbel nicht mehr nehmen lassen.

Der Wahlrechtskampf marschiert unaufhaltsam, er ist zu einem unabwendbaren, unaufhaltbaren Ereignis, zur

vis Mayor des Rechts
geworden.

Wie wird in Preußen regiert?

Wenn von konstitutionellen Staatswesen gesprochen wird, so rechnet man gemeinlich auch Preußen dazu, als hätte man hier bei uns zu Lande ein öffentliches Leben und Einrichtungen gleich denen in England, in Holland, in Norwegen, um nur Staaten mit monarchischer Spitze zu nennen, von Reputieren ganz zu schweigen. Ja, preussische Beamte und wackere Bürgerleute sprechen auch von preussischer Selbstverwaltung, obgleich das Verwaltungssystem, das in den Städten Preußens zur Geltung kommt, mit wirklicher Selbstverwaltung nicht viel mehr gemein hat als den Namen.

Daß aber Preußen in den Gemeinden keine wirkliche Selbstverwaltung hat und daß auch seine parlamentarischen Einrichtungen nur zu einer Art Scheinkonstitutionalismus ausreichen, hat seinen Hauptgrund darin, daß die geschichtliche Entwicklung die ganze staatliche Macht einer sich selbst rekrutierenden Beamenschaft, der Bureaucratie, in die Hände gespielt hat.

Die Bureaucratie erhielt ihre Gestalt und ihr Gepräge in der Zeit des Absolutismus, hauptsächlich unter den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., also im 18. Jahrhundert. Die absolute Königsgehalt war wie in ganz Europa auch in Preußen aufgetreten gegen die Adelsmacht. Sie konnte sich aber nur behaupten, indem sie sich zum Geschäftsführer der Interessen des Adels, des Junkertums, wie man in Preußen sagte, aufwarf. Die wichtigsten Stellen in der Staatsverwaltung und alle Offiziersstellen wurden den Junkern eingeräumt, und im Lande selbst blieb die bäuerliche Bevölkerung der Ausbeutung durch die „schloßgelesene“ Junkertum nach wie vor überlassen.

Zu jener Zeit, als Preußen fast ausschließlich Agrarstaat von etwa 5 Millionen Einwohnern war, als Handel und Verkehr noch an Frachtwagen und Postkutschen gebunden war, konnte indes immerhin noch von einer Stelle aus eine einzelne Person, der Monarch, die wirkliche, bis zu einem gewissen Grade auch sachkundige Oberleitung der gesamten Regierungsgeschäfte in Händen behalten. Doch war auch da schon die Verwaltung in den unteren Instanzen der Kontrolle durch den Monarchen, der nach der monarchischen Fiktion unparteiisch über den Klassen schwebt und deren Interessengegensätze angeblich ausgleichen soll, völlig entzogen. Im Namen des Königs wurden alle Regierungsgeschäfte ausgeübt. In seinem Namen sprachen die Richter Recht, erhoben die Verwaltungsbeamten die Steuern und prüften die Werbeoffiziere Rekruten, jeder Polizist war der sichtbare und unangreifbare Vertreter der königlichen Gewalt.

In den Städten, die vordem im Mittelalter in ganz Deutschland weitgehendste Selbstverwaltung und eigene Gesetzgebung besaßen, hatte der kleine Druck einer königlichen Beamenschaft jedwedes öffentliche Leben erstickt. Auf dem flachen Lande aber herrschten Tausende von Junkern auf ihrer eigenen Scholle wie selbstherrliche Monarchen über die hörigen Untertanen. Kurz, in Preußen war damals ein Zustand, für den man in neuerer Zeit nur in dem bürokratisch mißregierten Rußland vor der Revolution ein Gegenstück gehabt hat: der öffentlichen Geist im Bürgerium völlig erstickt, Heer und Verwaltungsweisen gleichmäßig verwaltet durch bürokratische Mißwirtschaft, die Landbevölkerung ein Meer widerstandslos ausgebeuteter Sklaven.

Das war das Preußen, das 1806 unter den Schlägen der französischen Heere schmachvoll zusammenbrach. Damals hat es sich an dem preussischen Heere genau so gezeigt wie im Jahre 1904 an dem russischen Heere, daß das absolutistische Bureaucratienregiment, weit entfernt davon, die Wehrkraft eines Landes zu heben, sie nur hoffnungslos untergräbt. Die übermühten Junker an der Spitze der Heere verloren nach der ersten Niederlage fast sämtlich den Kopf und lieferten die Festungen aus. Der Kommandant von Berlin, ein Graf Schulenburg, prägte im Dabnlaufen das für diese Stippe charakteristische Mahnwort an die Untertanen: „Nur ist die erste Bürgerpflicht.“

Es blieb nichts übrig, als nach dem Friedensschluß, der Preußen auf die Hälfte seines Gebiets reduziert hatte, an den Wiederaufbau des Staats unter Aufnahme wenigstens einiger Ideen der bürgerlichen französischen Revolution zu gehen. Einige aufgeklärte Staatsmänner, vor allem die Minister von Stein, v. Schön, Wilhelm v. Humboldt, waren die Träger dieser Bestrebungen. Aber sie konnten auch nicht völlig aus ihrer eigenen bürokratisch-junkertlichen Haut heraus und dann hatten sie gegen den offenen und heimlichen Widerstand des ebenso beschränkten wie feigen Königs Friedrich Wilhelm III. und der damaligen Hofdamen zu kämpfen. Und sobald der König die Angst vor dem „kossischen Eroberer“ los war, schlug er alle seine in der Zeit der Not gegebenen Versprechungen in den Wind und jagte die künftigen Ratgeber zum Teufel.

So blieben die Selbstverwaltungsreformen ettel Stückwerk. Von einer Selbstverwaltung auf ausgeprochen demokratischer Grundlage war völlig gar nicht die Rede. Auf die versprochenen parlamentarischen Einrichtungen konnte das preussische Volk noch heute vergeblich warten, wenn es nicht 1848 den Machthabern wenigstens den Anfang dazu abgetropft hätte. In der inneren Staatsverwaltung behielten auch nach den Steinischen Reformen die Buralisten und Schreiber, wie Stein selbst die Bureaucraten in bitterem Spott zu nennen pflegte, völlig freie Hand. Das „innere Jena“, das Stein erhofft hatte, hat Preußens Volk der Bureaucratie, die ihm auf den Nacken sitzt, noch immer nicht bereitet.

Noch viele Jahre später hat Bismarck, als er einmal seinem Unmut über die Bureaucratie Luft machte,

den Ausspruch getan: „Die Bureaucratie ist freischäftig an Haupt und Gliedern, und die Gesetzserkretamente, die sie von sich gibt, sind der natürlichste Dreck von der Welt.“

Nur für die Städte wurde durch die Städteordnung von 1808 eine beschränkte Selbstverwaltung eingeführt, von der dann später in jeder Reaktionsperiode von neuem Stücke abgebrochen wurden, bis im Jahre 1853 eine neue Städteordnung, die noch heute gültig ist, das Gebiet der städtischen Verwaltung völlig unter bürokratische Kontrolle gebracht wurde. Während in der Städteordnung von 1808 der Schwerpunkt der Verwaltung in die Stadtverordnetenversammlung gelegt wurde, liegt er jetzt im Magistrat; die Stadtverordnetenversammlungen haben mehr den Charakter parlamentarischer Beiräte. Damit aber kein Bürgermeister oder auch nur ein Stadtrat mit oppositionellen, antibürokratischen Neigungen ins Amt kommt, hat die Bureaucratie sich das Bestätigungsrecht vorbehalten. Ja, wenn eine Stadtverordnetenversammlung einmal hartnäckig auf der Wahl mißliebiger Persönlichkeiten bestehen sollte, kann der Regierungspräsident schließlich die Stelle des Bürgermeisters oder Stadtrats kommissarisch mit einer der Bureaucratie genehmen Persönlichkeit besetzen.

Schließlich kann auch in die sachlichen Geschäfte der Stadt die bürokratische Oberbehörde beständig hineinschneuen; besonders in Schulangelegenheiten nimmt sie dies Recht für sich in Anspruch. Um Sozialdemokraten auch von der sogenannten „Schuldeputation“, wie die aus Stadträten und Stadtverordneten gemischten Kommissionen zur Verwaltung der Schulen genannt werden, völlig fernzuhalten, hat die Regierung durch das neue Schulverwaltungsgegesetz sogar das Recht der Bestätigung für diese Körperschaften von dem geselligen Abgeordnetenhaus übertragen lassen.

Im übrigen ist die Stadtverwaltung auf Schritt und Tritt in ihrer Tätigkeit eingeengt. Sie darf nicht über Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse beraten, die nicht zu ihrem eigenen Verwaltungsressort gehören. Dadurch ist nicht nur ihr Einfluß im öffentlichen Leben überhaupt gelähmt, sie ist auch des Petitionsrechts beraubt, das der Verfassung nach jedem Bürger zustehen soll.

Doch allzuoft braucht die herrschende Bureaucratie alle diese Handfesseln der Städteverwaltungen ja überhaupt nicht anzuziehen, da durch die Übertragung des Dreiklassenwahlsystems auf die Stadtverordnetenwahlen dafür gesorgt ist, daß die einzige wirkliche Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, in ihnen die Oberhand nicht gewinnen kann. „Gutgesinnte“ Hausbesitzer und Geldproben werden, solange dieses System besteht, in den Stadtverwaltungen die Macht in Händen haben. Und von denen hat die Bureaucratie in der Zeit der heutigen Klassenkämpfe weniger Opposition zu fürchten als je zuvor.

Die hauptsächlichste Handhabe der Macht bleibt für die Bureaucratie die Polizeiverwaltung, die sie in allen größeren Städten den städtischen Körperschaften entziehen hat. Die Bürgerkraft muß zwar die Polizei bezahlen, aber dreinzureden hat sie nichts.

Auf dem Lande ist die Polizeigewalt gleichfalls ganz in bürokratische Hände gebracht durch die Einrichtung der Gendarmen, die dem Landrat und den höheren Beamten unterstellt ist. Die polizeilichen Befugnisse der Dorfgemeinden sind höchst unregelmäßig. Der Gendarm fühlt sich sogar neben dem Gemeindevorsteher als eine Art höheres Wesen. Von der Bureaucratie wird dieser Gendarmengeist geistlich genährt.

Dabei hat man in den östlichen Provinzen Preußens noch die charakteristische Einrichtung der selbstständigen Gutsbezirke. Tausende von größeren Gütern sind mit ihren Ländereien aus den Landgemeinden ausgeschieden. Für diese Bezirke gilt der Gutsbesitzer als Gemeindevorsteher. Die sonstigen Gutsinsassen haben keinerlei Gemeinberechte. Sie sind Untertanen des selbstherrlichen Junkers.

So sieht es mit der Selbstverwaltung in Preußen aus. In Wirklichkeit ist Preußen auch in seinen inneren Verwaltungsangelegenheiten heute noch ein bürokratisch-junkertlich regiertes Gemeinwesen, für welches eine Selbstverwaltung auf breiterer demokratischer Grundlage erst durch das Proletariat erobert werden muß.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands.

Die fünfte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände, die am 16. und 17. Dezember 1907 in Berlin stattfand, war ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. An erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalkommission im Auftrage des Gewerkschaftskongresses veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst auf die Dauer von 4 Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwingen zu einer Erweiterung der Dauer auf 5 Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf 6 Wochen bekräftigt, der die Zentralverbände zustimmen. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diäten erheblich zu gestalten, und wurde ein Diätensatz von 5 Mk. pro Tag nebst einer Wohnungsschadigung von 30 Mk. pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalkommission beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen

Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelung der Diäten der in Berlin anfassenden Kursteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldbarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt und die Möglichkeiten einer wirksamen Organisation erwogen wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldbarbeiter zu einer selbstständigen Organisation zu empfehlen.

Hinsichtlich der Maifeier hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalkommission unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und beauftragte die Generalkommission, mit dem Parteivorstand das weitere zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschlusse der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution betr. Streikunterstützung hinführten. Die auf der Vorstandskonferenz darüber gepflegten Erörterungen gelangten zu dem Beschlusse, von einer Aenderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatistiken sind Neuerungen vorgezogen, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeregten Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Berufen und Orten näher getreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Aufgabe ergaben, veranlaßten die diesjährige Konferenz in Christiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der praktische Nutzen einer solchen Erhebung für die Gewerkschaften ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran festhalten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts wird die Kaiserlich Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Ansprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, sagten die Gewerkschaftsvorstände dem Statistischen Amte ihre Mitarbeit zu.

Auch die Streitstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle bei der Durchführung dieser statistischen Aufgaben auftretenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverwandten Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit der Generalkommission zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterziehen soll.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Aufschwung begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für Kreise, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, mitunter sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle oder Quellenwerte zu erhalten, die besonders für die soziologische Wissenschaft von Wert sind. Um den Anschluß aller Gewerkschaften, die eigene Literatur veröffentlichen, an den deutschen Buchhandel zu bewirken, empfiehlt die Generalkommission den Vorständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ in Berlin in Kommissionsverlag zu geben, die den Vertrieb unter günstigen Bedingungen übernehmen will. Diese Anregung fand bei den Gewerkschaftsvorständen allseitige Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge ein Geschichtswerk über die frühesten Gewerkschaftsentwicklung, zunächst abhelfend mit dem Erlaß des Sozialengesetzes, herausgeben. Die Generalkommission sagte die Erwägung dieser Anregung zu.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Verengesetzes wurde einer Erörterung unterzogen und dabei festgestellt, daß derselbe zwar mancherlei Erleichterungen bringt und daß die reichsrechtliche Regelung dieser Materie ein Fortschritt sei, aber doch auch durch eine Reihe reaktionärer Vorschriften die Arbeit der Gewerkschaften ganz erheblich gefährde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren einstimmig der Meinung, daß, solange nicht diese Einschränkungen der freien Vereins- und Versammlungsfreiheit aus der Vorlage ausgeschlossen seien, dieser Entwurf bekämpft werden müsse.

Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe geschäftlicher Fragen, wie die Behandlung von Aufträgen zur Gründung und Unterstützung von Genossenschaften und zum Bau von Gewerkschaftshäusern, wobei die Vorstände der bisherigen Praxis der Generalkommission, derartige Aufrufe nur dann im

„Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen, wenn die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften dazu ihre Zustimmung gegeben haben, durchaus verpflichtet.

Sichtlich der Berichterstattung der Tagespresse über Kongresse und Verbandstage der Gewerkschaften konnte die Konferenz der Anregung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse, am Schlusse eines jeden Verhandlungstages durch den Protokollführer bezw. einen der anwesenden Berichterstatter einen kurzen Auszug der Arbeiterpresse auf Kosten des Verbandes zugehen zu lassen, nicht folgen. Man trug Bedenken, die Verantwortung für derlei Berichte auf den Verband zu übernehmen. Dagegen soll versucht werden, das von der Partei in Aussicht genommene Nachrichtenbureau auch für die rasche Verbreitung zuverlässiger gewerkschaftlicher Mitteilungen, besonders bei Streiks und Ausperrungen in Anspruch zu nehmen.

Angesichts des Umstandes, daß der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Uebereinstimmung mit dem Genossenschaftstag die seitens des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Konsumvereine nur als einseitige Anregungen betrachtet, die so lange der Wirksamkeit ermangeln, als sie nicht durch beiderseitige Vereinbarungen festgelegt sind, beauftragt die Konferenz die Generalkommission, bis zum nächstjährigen Kongress solche Vereinbarungen mit der Zentralleitung der Konsumvereine herbeizuführen.

Die nächste Konferenz soll die Frage der Kostenbedeckung bei Reichs- und Provinzialen in städtischen Gewerkschaftsgebieten prüfen und ferner Maßregeln zur Durchführung des Kölner Beschlusses betr. Gewerkschaftskartelle gegen die den letzteren fernbleibenden oder von ihnen auscheidenden Gewerkschaftszweigen zu unternehmen seien, in Erwägung ziehen.

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalkommission überlassen.

Der gegenwärtige Stand der Tuberkulosebekämpfung in Deutschland.

Im Frühling dieses Jahres war viel von einer angeblichen „Krisis in der Lungenheilstättenbewegung“ die Rede. Ein hervorragender Arzt und Sozialhygieniker, Dr. Grotjahn, war in der Gesellschaft für medizinische Reform mit einer Kritik der seitherigen Methode der Behandlung Tuberkulöser in Lungenheilstätten hervorgetreten, die auf den Gang der Tuberkulose als Volkskrankheit ohne jeden Einfluß gelassen sei. Die Zahl der absoluten Heilungen betragen nur 34 pCt. der behandelten Fälle, stände also in gar keinem Verhältnis zu den angewendeten sehr erheblichen Mitteln. Dr. Grotjahn schlug daher vor, an Stelle der großtätigen Lungenheilstätten kleine billige Tuberkuloseheime nach norwegischem Muster zu setzen, in die vor allem die schwer und unheilbar Kranken kommen, um nicht zu einer weiteren Ansteckungsquelle für die gesunde Bevölkerung zu werden. Auch von anderer medizinischer Seite waren ähnliche Angriffe auf die Rentabilität der Heilstätten unternommen worden.

Wie selbstverständlich standen diese Angriffe und ihre Widerlegung auch im Mittelpunkt der diesjährigen Verhandlungen des „Central-Komitees zur Bekämpfung der Tuberkulose“, des eigentlichen Förderers der Heilstättenbewegung in Deutschland. Wir wollen aus dem kürzlich erschienenen Protokoll der am 23. Mai abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft in nachstehendem die wichtigsten Mitteilungen der beiden Hauptreferenten zu der vorliegenden Frage wiedergeben, die allerdings die Erfolge der Lungenheilstätten in einem anderen, weit günstigeren Lichte erscheinen lassen als die Grotjahnschen Äußerungen. Vorausgeschickt sei zunächst, daß gegenwärtig in Deutschland 87 Heilstätten für Lungenkranke mit 8422 Betten existieren, in denen jährlich etwa 30 000 Kranke Aufnahme finden. Außerdem stehen noch für ausgeproben tuberkulöse Kinder 17 Heilstätten mit 650 Betten und für tuberkulöse Verdächtige, Skroföse etc. Kinder 67 Anstalten mit 6092 Betten zur Verfügung. — Regierungsrat Bielefeld, der Vorsitzende der Versicherungsanstalt der Hansestadt Lübeck, behandelte die Frage hauptsächlich vom finanzwirtschaftlichen Standpunkte der Versicherungsanstalten aus. In den Jahren 1897—1906 sind insgesamt 159 802 Tuberkulöse in Heilbehandlung genommen worden, was für die Versicherungsanstalten mit einem Kostenaufwand von über 56 Mill. M. verknüpft war. Ist dieses Geld nutzbringend angelegt worden?

Nach Schätzung — genaue Berechnungen liegen nicht vor — beträgt die durchschnittliche Lebensdauer tuberkulöser Invalidenrentner nach Rentenbeginn 5 Jahre (4 bei Männern, 6 bei Frauen), die von der Versicherungsgesellschaft zu zahlende Gesamtrente pro Kranken bei einer jährlichen Durchschnittshöhe der Rente von 160 M. also rund 800 M. Von den Beiträgen andererseits die Durchschnittskosten für die Heilbehandlung eines tuberkulösen Erkrankten im Jahre 1905 363 M. Demnach würde sich, falls durch die Heilbehandlung die Arbeitsfähigkeit auf 5 Jahre gesichert wird, für die Anstalt ein Gewinn von 800 — 363 M. = 437 M. ergeben, bei Erhaltung auf 4 Jahre von 277 und auf 3 Jahre von 177 M. Dagegen würden bei Erhaltung auf nur 2 Jahre 43 M., auf 1 Jahr 200 M. und bei sofortigem Mißerfolg 363 M. aufgebracht werden. Unter Zugrundelegung dieses Schemas berechnet nun Bielefeld, daß die deutschen Versicherungsanstalten auf je 100 Behandelte des Jahres 1901 eine Rentenersparnis von 2900 M. oder für alle behandelten Tuberkulösen in den letzten

10 Jahren eine Rentenersparnis von 4 631 300 M. gemacht hätten.

Es lassen sich gegen diese Berechnung verschiedene Einwände geltend machen, die zum Teil vom Berichterstatter selbst erwähnt, zum Teil aber auch, wie es scheint, von ihm übersehen wurden, deren Darlegung hier zu weit führen würde. Aber auch bei ihrer Berücksichtigung und einer dementsprechenden Einschränkung der genannten Summe kann doch von einem Fiasko der Lungenheilstättenbewegung selbst vom rein finanziellen Standpunkte der Versicherungsanstalten aus nicht die Rede sein. Vom allgemeiner wirtschaftlichen und menschlichen Standpunkte ganz zu schweigen. Die Erhaltung der Erwerbsfähigkeit eines Kranken oft nur auf ein paar Jahre kann von größter Bedeutung für seine Familie sein, besonders, wenn heranwachsende Kinder da sind, die inzwischen zum Selbstverdienen kommen. Und daß der Wert der Rettung eines Menschen vor dem so gut wie sicheren Tode sich nicht durch die Gleichung 800 — 363 M. = 437 — dem rechnungsmäßigen „Profit“ der Versicherungsanstalt — ausdrücken läßt, bedarf wohl keiner weiteren Darlegung.

Selbst, wenn also die Zahl der Dauererfolge nicht größer wäre als 34 pCt. der behandelten Fälle, so würde dies doch genügen, um alle hierfür gemachten Aufwendungen, ja noch weit mehr, zu rechtfertigen. Tatsächlich aber ist das Ergebnis ein viel günstigeres, als es auf den ersten Blick erscheint. Das beweisen auch die Sonderstatistiken einzelner Versicherungsanstalten. In der Pensionskasse der Preussisch-Heilischen Eisenbahngemeinschaft z. B. wurden im 5. Jahre nach der Durchführung des Heilverfahrens noch voll erwerbsfähig befunden: von den im Jahre 1898 Behandelten 43,8 pCt., 1899: 49,2 Prozent, 1900: 53,6 pCt., 1901: 54,9 pCt. und 1902: 59,6 pCt. Es hat also eine ständige Zunahme der Dauererfolge stattgefunden. Die Reichsstatistik wird dadurch veranschaulicht, daß alle versuchsweise in Behandlung genommenen und nach 14 Tagen schon wieder entlassenen Kranken als Mißerfolg erscheinen, ebenso Fälle wiederholter Heilbehandlung, die gerade bei der Tuberkulose besonders wertvoll sind.

Noch günstigere Erfolge als die deutschen haben übrigens mehrere ausländische Heilstätten aufzuweisen. So die der belgischen Provinz Lüttich, bei der der Prozentsatz der völlig Erwerbsfähigen nach 2½—3 Jahren nach der Entlassung noch 64 betrug, obwohl der größte Teil der Heilung sich schon in weit fortgeschrittenem Krankheitsstadium befunden hatte. Ein ähnliches Ergebnis (63 pCt. nach 18—21 Monaten) hatte auch die französische Heilstätte Hauteville. Freilich ist in diesem Sanatorium die durchschnittliche Kurdauer eine bedeutend längere als bei uns. Sie beträgt fast stets über 3, ja bis zu 9 und 12 Monaten, während in deutschen Heilstätten die durchschnittliche Kurdauer nur etwa 75 Tage (wobei allerdings die bald wieder entlassenen Kranken mit eingerechnet sind) währt. Auch bei uns wäre demnach eine Verlängerung der durchschnittlichen Kurdauer zur Erzielung noch besserer Resultate höchst wünschenswert.

Der zweite Berichterstatter Dr. E. Kumpf, Leiter des Ebersteinburger Sanatoriums, ging mehr auf die medizinischen Gesichtspunkte der vorliegenden Frage ein. Er wies vor allem die Behauptung der Kritiker der Bewegung zurück, daß die in die Sanatorien aufgenommenen Kranken sich meist im ersten günstigsten Stadium befinden, wodurch also die Bedeutung der Erfolge noch weiter herabgedrückt würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die überwiegende Mehrheit der in Behandlung Genommenen befindet sich im zweiten und dritten Stadium, und nur die neuen Heilstätten von Berlin und den Hansestädten bilden von dieser Regel eine Ausnahme, da hier von vornherein eine schärfere Auslese des Krankematerials stattfindet. Selbstverständlich hat ein Kranke des ersten Stadiums ganz andere Aussichten auf Heilerfolg, als ein im zweiten und dritten Stadium befindlicher. — Dr. Kumpf legte der Generalversammlung eine Aufstellung über die Heilerfolge der badischen Heilstätte Friedrichsheim vor, aus denen dies klar hervorgeht. Von den im Jahre 1900 aus dieser Heilstätte entlassenen Tuberkulösen befanden sich 149 im ersten, 137 im zweiten und 242 im dritten Stadium der Krankheit. Von diesen waren Anfang 1905

	arbeitsfähig	arbeitsunfähig	gestorben	unbekannt
1. Stadium	84 pCt.	5 pCt.	7 pCt.	2 pCt.
2. „	63 „	13 „	23 „	1 „
3. „	21 „	9 „	69 „	1 „

28 Kranke des ersten, 23 des zweiten und 7 des dritten Stadiums hatten inzwischen eine wiederholte Heilbehandlung durchgemacht. Die Anfang 1906 aufgemachte Erhebung ergab ein noch günstigeres Resultat, indem diesmal von den Kranken des 1. Stadiums noch 85,8 pCt., von denen des 2. Stadiums 60,9 pCt. und von denen des dritten 25,2 pCt. nach 5 Jahren noch arbeitsfähig waren. Diese Erfolge stellen den Wert der Heilstättenbehandlung besonders im Anfangsstadium der Krankheit über allen Zweifel. Wer die Heilstätte einigermaßen rechtzeitig aufsucht, kann mit ziemlicher Sicherheit auf dauernde Heilung rechnen. Hiervon erhellt aber auch der Wert und die Notwendigkeit einer möglichst sorgfältigen Auslese der Kranken, solange eben nicht die Mittel zur Heilbehandlung aller Tuberkulöser vorhanden sind. Denn nur auf diese Weise kann die Zahl der Dauererfolge vermehrt, und können die vorhandenen Mittel möglichst nutzbringend verwandt werden.

Daneben muß aber natürlich immer wieder die Forderung nach Schaffung weiterer Mittel erhoben werden. Gewiß soll dem in den Heilstätten Geschaffenen, zum Teil Musterähnlichen, die Anerkennung nicht versagt werden. Aber ein tief beschauernder Zustand ist es doch, daß eine Nation wie die deutsche, die

jährlich über eine Milliarde M. für Kriegsrüstungen, für die Zwecke der Vernichtung von Menschenleben ausgibt, nur etwa den hundertsten Teil davon (im letzten Jahre 11½ Millionen) für die Bekämpfung des fürchterlichsten inneren Feindes, der am Marke der Volksgesundheit zehrt, für die Erhaltung von Menschenleben, übrig hat. Wir haben in Deutschland ca. 1 Million Tuberkulöser, und nur der 30. Teil davon kann jährlich in den Heilstätten Aufnahme und damit Hoffnung auf Genesung finden. Hier harren unser noch große Kulturaufgaben.

Natürlich ist es mit der Beschaffung von Heilstätten bei der Bekämpfung der schrecklichen Volkskrankheit nicht getan. Die Fürsorge für die Kranken nach Beendigung der eigentlichen Kur bildet einen sehr wichtigen Teil der gestellten Aufgabe. Diese geschieht am zweckmäßigsten in den sogenannten Wald-erholungsstätten, deren wir bis jetzt 67 besitzen, in denen eine weitere Kräftigung des Körpers und durch leichte Gartenarbeit eine Gewöhnung an spätere anstrengendere Beschäftigung stattfindet. Manchemal gelingt es auch, den Kranken von der Rückkehr in seinen früheren Beruf, der ihn krank machte, zurückzuhalten und ihn zur Aufnahme eines landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Berufes zu bewegen. Zu begrüßen ist auch das Verfahren mancher Versicherungsanstalten, dem Kranken noch monatelang mit kräftiger Kost zu versorgen.

Auch Invalidenheime für Unheilbare, wie sie Dr. Grotjahn fordert, bestehen bereits sehr an der Zahl. Doch erfreuen sie sich, wie Bielefeld mitteilte, keiner besonderen Beliebtheit in der Bevölkerung, die in ihnen Sterbeheime sieht. Daß auch die Kranken sich nur ungerne dem Anstaltszwang fügen, wenn er ihnen doch keine Aussicht auf Genesung bringt und ihre letzten Tage lieber bei ihren Angehörigen zubringen, ist psychologisch begreiflich. Hier müßte also schon gefeilter Zwang eingreifen; auch müßten Fehler, wie sie bei der Einrichtung einiger Invalidenheime vorgekommen sind, vermieden werden.

Für brustschwache Kinder existieren bis jetzt drei Waldschulen, deren Zahl hoffentlich weiter vermehrt wird. Ueberhaupt beginnt sich die Erkenntnis, daß die wirksamste Krankheitsbekämpfung auch bei der Tuberkulose die Krankheitsvorbeugung, die Prophylaxe ist, immer mehr Bahn zu brechen. Die Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, deren wir bis jetzt 117, darunter 31 von Gemeinden betriebene, besitzen, widmen sich in anerkannter Weise der Aufgabe, durch Beobachtung und Belehrung der Familien von Lungenkranken, durch Abstellung besonders trasser Wohnungsverhältnisse, Desinfektion der Wohnungen nach Unfällen und Sterbefällen einem immer weiteren Umfange der Seuche entgegenzutreten. Aber freilich kann und muß alles, was auf diesem Wege geschieht, um die Quellen zu verstopfen, aus denen das Uebel fließt, doch nur Säckchen bleiben. Um der furchtbaren Krankheit tatsächlich und für immer den Boden zu entziehen, bedarf es einer gänzlichen Umwälzung der Bedingungen, unter denen sich das Leben unserer breiten Volksmassen vollzieht: einer großzügigen Wohnungsreform, die Luft und Licht in die Behausungen aller bringt, der Möglichkeit für jedermann, auch sonst eine gesunde naturgemäße Lebensweise zu führen, sich vor allem kräftig zu ernähren. Die moderne Arbeiterbewegung, die diesen Kulturzielen zustrebt, bildet dadurch auch die wirksamste Hilfsarmee im Kampfe gegen den Erbfeind der Menschheit, die Tuberkulose.

Der Welthandel in Getreide im Jahre 1907.

Es gibt Brot genug hierüber für alle Menschenkinder.

Der Getreidehandel des abgelaufenen Jahres nahm einen außerordentlich interessanten Verlauf. Das Jahr begann schon mit sehr hohen Preisen für Roggen und für alle Futterartikel. Die schlechten Ernten Rußlands in 1906 hatten ein ernstes Defizit geschaffen, das sich, je weiter die Saison vorschritt, um so fühlbarer machte und die Kassen zwischen Deutschland und Rußland zeitweise wechseln ließ, indem letzteres in wachsendem Maße Importeur und ersteres Exporteur für Roggen wurden. Die gewaltige Ausdehnung der von Hungersnot betroffenen Distrikte im russischen Reich erforderte eine ernste Hilfe durch die dortige Regierung, die dadurch in Konkurrenz mit den Privatkäufern trat und die Hausbewegung in Rußland verschärfte. — Sehr bald beteiligte sich auch Weizen mehr als vorher an der steigenden Bewegung der Preise. Die Weltente von Weizen war in 1906 allerdings eine hüftige gewesen, da das Defizit der russischen Weizen-erträge durch große nord- und südamerikanische Ernten reichlich ausgeglichen war. Aber schon im Januar traten die ersten Besorgnisse um die deutschen Weizen-ernten infolge der scharfen Kahlfröste auf, und wie diese später leider allzusehr Bestätigung fanden, so erwies sich auch in anderen Ländern der harte Winter für die Feldfrüchte verhängnisvoll.

Ein spätes und sehr kaltes Frühjahr erschwerte und verzögerte die Einsaat des Sommergetreides und vernichtete die Hoffnung, daß von den Winterernten noch vieles ausgeheilt werden könnte. Geradezu unheilvoll wurde das in dem wichtigsten Weizenlande Kanada, denn dort sind die Sommer gewöhnlich sehr kurz und es besteht immer die Gefahr, daß der Weizen noch auf dem Halme von den Herbstfrösten über- rasiert werden kann. Es traf das diesmal schon im August ein, so daß der kanadische, für England und schwer einbrechliche Weizen zu großem Teil für Mühlenzwecke gar nicht brauchbar war, und auch im Norden der Vereinigten Staaten der Frühjahrswinter viel unter dem zeitig einsetzenden Frost litt. Die allgemeine Entwicklung des Getreides ließ in den meisten Län-

bern, besonders auch im kältesten Europa, zu wünschen übrig. Die Witterung erweckte viele Besorgnisse, denn wie das Frühjahr, so war auch der Sommer ungewöhnlich kalt und naß und die dadurch hervorgerufene Verspätung der Ernte veranlaßte eine unerwartete Verlängerung der alten Bedarfsaison. Ueberall waren die Erntelagen die Triebfeder für immer erneute Preissteigerungen gewesen, und wenn zuerst die großen argentinischen Abladungen auch ein gewisses Gegengewicht boten, und später Amerika aus den großen Reserven, die die Ernte von 1906 hinterlassen hatte, viel Material dem Weltmarkt, allerdings zu hohen Preisen, zur Verfügung stellte, so war doch der Uebergang von der alten zur neuen Saison für die europäischen Länder kein leichter.

Besonders in Deutschland hatten zahlreiche Mühlen wochen- und monatelang ihren Betrieb wegen Mangel an Rohmaterial einstellen oder einschränken müssen. Die Klagen über die künstliche Förderung des deutschen Getreideexports durch die ohne Identitätsnachweis geschehende Vergütung des hohen Zolles bei der Ausfuhr und durch die Exporttarife waren allgemein und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie die ohnehin schwierige Situation in unserem Lande noch wesentlich verschärfen. Auch der Beginn des neuen Erntejahres brachte zunächst durchaus keine Erleichterung. Ein enormes Defizit in der Weltmarken an Weizen war unzweifelhaft. Wenn auch ein Teil des deutschen Ausfalls an Winterweizen durch ein glänzendes Ergebnis des als Ersatz für den ausgefallenen Winterweizen im großen Maßstabe angebauten Sommerweizens abgegolten wurde, und in Amerika die alten Bestände vorläufig die geringe neue Ernte wenger flüßbar machten, so hatten doch die Verhältnisse sich im Südoften Europas und im ganzen russischen Reich allmählich so ernst gestaltet, und die Forderungen für russisches und Donau-Getreide waren so erheblich gestiegen, daß nach und nach der Export zu verliegen drohte und der hierdurch für den Weltmarkt entstehende Ausfall immer flüßbarer wurde. Man kann, von starken Schwankungen abgesehen, den Preisgang vom Beginn des Jahres bis zum Oktober hin als einen überwiegend scharf steigenden bezeichnen, der in der Zeit nach der Ernte noch dadurch eine Förderung erhielt, daß durch die Verzögerung der Ernte- und Feldarbeiten die Beschäftigung der Landwirte schließlich so dringlich wurde, daß die gewohnte Versorgung der Märkte ausblieb. Ein Bild von der Haufe geben die C/Preise, das sind diejenigen Preise, zu denen Deutschland fremdes Getreide frei deutschem Hafen erst Zoll kaufen konnte. So war argentinischer Weizen zum Beginn des Jahres mit 131 bis 133 Mt. zu kaufen, während Mitte Oktober 192 gefordert wurde, das ist eine Steigerung von 60 Mt. pro Tonne. Dieselbe Haufe machte der nordamerikanische, der Kanadaweizen mit. Russischer Roggen war von 111 auf 170 Mt., also auch ungefähr um 60 Mt. gestiegen, und russische Futtergerste von 108 auf 141 Mt., amerikanischer Mixed-Mais von 90 auf 134, Donau-Mais von 89 auf 131, Odessa-Mais von 90 auf 130 Mt. Gleichzeitig notierte Mailieferung in Berlin in Mt.:

	Weizen	Roggen	Safer	Mais
Anfang Januar	182	166	165	181
Mitte Oktober	242½	210	187	155

Hiernach trat allmählich schwächere Haltung ein, für die in erster Reihe die schwierigen Geldverhältnisse den Anlaß boten. Infolge der Teuerung des Geldes und der Bankkrise kam Nordamerika mit bedeutenden Weizenmassen heraus, gleichzeitig zog sich aber überall die Unternehmungslust zurück, und als endlich die landwirtschaftlichen Ablieferungen sich mehrten, blieben auch diese, ungeachtet der allseitigen Abneigung, größere Bestände hinzulegen, nicht ohne drückenden Einfluß auf die Tendenz. Am Schlusstage des Jahres stellte sich Sapata-Weizen auf einen C/Preis von ca. 167 Mt., also etwa 25 Mt. unter höchstem Jahresstande, russischer Roggen aber auf 164, russische Gerste auf 135 Mt., beide also nur 6 Mt. unter dem Stande von Mitte Oktober.

Zu dem scharfen Rückgang der Weizenpreise hatten auch die Nachrichten über eine neue glänzende Plata-Ernte von Weizen zum Schluß des Jahres beigetragen, die durch große Vorausankäufe der argentinischen Exporteure verstärkt wurden. Die ihnen gegenüberstehenden wenig guten Nachrichten Australiens und die sich bis Ende Dezember immer mehr zeigenden Beschränkungen wegen der neuen indischen Ernte fielen gegenüber den argentinischen weitgehenden Forderungen vorläufig wenig ins Gewicht. Tatsächlich waren die Verschiffungen der Exportgebiete im letzten Jahre dank den großen Leistungen Nordamerikas und Argentiniens aus ihren alten Ernten sehr bedeutend; wie groß aber der europäische Bedarf war, geht daraus hervor, daß sich bei Jahresfluß weder größere Bestände in den Konsumgebieten noch größere schwimmende Zufuhren als gewöhnlich finden. In den Kalenderjahren hatten an Weizen exportiert (in Tausenden Quarters):

	1907	1906	1905	1904
Ber. Staaten	20 000	16 000	8 700	7 900
Kanada	6 700	5 273	3 300	3 200
Rußland	11 231	15 562	21 000	20 000
Balkanstaaten	6 445	8 723	9 300	5 000
Argentinien	13 081	11 380	14 100	11 700
Indien	4 827	3 614	6 300	9 200
Australien	3 659	4 000	3 500	4 700
Nordafrika zc.	1 720	1 254	800	1 600
zusammen	67 663	65 356	67 100	64 200

Die Ernte der Welt an Weizen war, während erfahrungsmäßig von Jahr zu Jahr ein wachsender Bedarf herrscht, im Jahre 1907 statt zurückgegangen. Im Durchschnitt der drei Jahre 1895/97 hatte die Weltweizenernte 296 Millionen Quarters betragen, in 1898/1900 342 Millionen, in 1901/03 382 Millionen und in 1904/06 393 Millionen Quarters, während in

1907 ca. 365 Millionen geerntet wurden. Von Roggen betrug demgegenüber die Weizenernte 187 Mill. Quarters gegen 177 Millionen in 1906, sie war also nicht unerheblich größer, aber dieses Plus ist allein durch die ziffermäßigen amtlichen Angaben für die russische Ernte bewirkt.

Wie zum Jahresfluß war von dieser besseren Roggenernte Rußlands in der Praxis gar nichts zu merken, was allerdings nicht ausschließt, daß sich die Wirkung noch im weiteren Verlaufe der Saison zeigt. Die Hafer-Weizenernte stellt sich auf 390 Millionen Quarters gegen 384 Millionen in 1906 und 362 Millionen in 1905. Auch hierbei spielt neben der großen deutschen hauptsächlich die sehr hoch geschätzte russische Ernte eine ausschlaggebende Rolle, ohne daß sich bisher eine nennenswerte Exportfähigkeit der russischen Haferernte kundgegeben hätte. Gerade dieser Widerspruch zwischen den hohen amtlichen, durch private Angaben unterstützten Schätzungen der russischen Roggen- und Haferernte und dem seitherigen tatsächlichen Mangel an Zufuhren aus den betreffenden Ernten macht die Situation für diese beiden Artikel zum Jahresfluß etwas undurchsichtig.

Wir sehen: die Agrarier konnten ihre werten Taschen füllen und die Arbeiter mußten ihren Magenriemen enger ziehen.

Die Haftung des Tierhalters.

Aus Richterkreisen wird geschrieben: Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf über die Abänderung des § 883 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der von der Haftung des Tierhalters handelt, wiederum zugegangen. Jahrelang hat sich unser Reichsparlament bereits mit dieser Frage beschäftigt, ohne bisher zu einer endgültigen Lösung gekommen zu sein. Große Gesetze sind inzwischen geschaffen worden, aber hier hat man sich bisher noch nicht entschließen können, diesen einzelnen Paragraphen endgültig zu erledigen. Da müssen doch gewichtige Gründe einer solchen Regelung entgegenstehen. Sie liegen in der Tatsache, daß bei dieser Gelegenheit die erste Bresche in den Bau des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelegt werden soll. Schon was man im Reichstage entschlossen, diesen Schritt zu wagen, als der Deutsche Juristentag mit einem energischen hands off darzwischen fuhr. Damals schob man die endgültige Entscheidung hinaus, aber durch die Auflösung des Reichstages wurde der ganzen Beratung auch dieser Materie ein jähes Ende bereitet.

Für uns steht in erster und entscheidender Linie die Frage, ob es richtig ist, an dieser Stelle zuerst an dem festen Bau des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu rütteln. Diese Seite der Sache, die idealistische, überträgt bei weitem die materielle Bedeutung der Frage. Was diese betrifft, so leugnen wir an sich nicht, daß man über die beste Art der Regelung der Haftung des Tierhalters sehr verschiedene Ansichten haben kann, wie denn auch diese Frage in den verschiedenen Richtungen von jeher verschieden geregelt war und auch heute noch verschieden geregelt ist. Spiegeln sich doch die verschiedenen Ansichten auch in der Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wieder. Fast in jedem Stadium hat man die Frage anders geregelt. So trat die Kommission des Reichstages entgegen dem Entwurfe des Gesetzbuchs für die jetzt bestehende schärfere Regelung ein. Dann milderte das Plenum die Haftung wieder, um bei der letzten Abstimmung schließlich zu der schärferen Regelung zurückzukehren. Man mag dies als den Wechsel einer Zirkularschicht bezeichnen, aber durch solche Mehrheiten ist schon manches Gesetz zu Stande gekommen, ohne daß man daraus die Notwendigkeit einer baldigen Aenderung des selben abgeleitet hätte.

Mit dem Deutschen Juristentage müssen wir aber leugnen, daß dieser Punkt so dringlich ist, daß er den Anlaß zu der ersten wichtigen Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs geben darf. Wir können diesen Standpunkt um so eher vertreten, als seit dem im September 1906 in Kiel stattgefundenen letzten Juristentage sich die von dieser Versammlung ausgesprochene Erwartung, daß die Rechtsprechung zu einer freieren Auslegung der Vorschrift gelangen werde, die den Haftungsgrund und die daraus sich ergebenden Beschränkungen der Anwendbarkeit berichtigte, vollstän- dig bestätigt hat. Denn das Reichsgericht hat, wie der jüngst erschienene Band seiner Entscheidungen lehrt, am 17. Januar und am 18. März 1907 zwei Entscheidungen gefällt, die jeder Schärfe in der Anwendung des § 883 vorbeugen. Namentlich in dem zweiten Erkenntnis ist der so oft erörterte Fall entschieden, daß jemand aus Gefälligkeit von einem andern auf dessen Fuhrwerk mitgenommen wird und dabei verunfallt. Mit Recht hat man es als eine große Unbilligkeit angesehen, wenn die Gerichte den Besther des Fuhrwerks auch dann für den Unfall haben lassen müssen, wenn er ohne jedes Verschulden des Fuhrwerkbestheren eingetreten war. Es sind dann die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, wie man auf der Grundlage des bestehenden Gesetzes dessen harter Anwendung entgegen könne. Das Reichsgericht hat sich dem Vorschlage angeschlossen, daß in solchen Fällen für die zwischen den Parteien nicht besonders besprochenen Punkte der Billigkeitsmaßstab in Betracht kommt und daß anzunehmen sei, jeder Teilnehmer an einer solchen Fahrt habe billigerweise den aus der Verantwortlichkeit der gemeinsamen Gefahr ihm etwa entstehenden Schaden allein tragen müssen. Wenn auch eine solche Entscheidung des Reichsgerichts die uneren Instanzen bei der Beurteilung gleichgelegener Fälle formell nicht bildet, so darf man für die Regel doch annehmen, daß die Rechtsprechung sich diesem Spruche anschließen wird.

Jedenfalls kann man hieran erkennen, daß unsere Rechtsprechung ihrer Aufgabe, solche Haftpflichtungen in einer mit den Bedürfnissen des Verkehrs über-

einstimmenden Weise zu regeln, durchaus gerecht wird. Dann aber braucht man nicht gleich die Rinde der Gesetzgebung zu ergreifen, um das Gesetz zu ändern. Der kürzlich verstorbene Professor Dernburg, dessen Bearbeitung des neuen bürgerlichen Rechts für die Theorie und Praxis an der ersten Stelle steht, hat ebenso wie der Juristentag dringend vor solcher Novellengesetzgebung gewarnt. Und das mit Recht. In die ruhige Anwendung und Entwicklung des neuen Rechts kommt auf solche Weise eine Störung hinein. Jetzt sind Wissenschaft und Rechtsanwendung bemüht, den gemeinsamen Kern aller Vorschriften und ihren engeren Zusammenhang miteinander festzustellen. Diese Arbeit wird gestört, und es wird eine große Unsicherheit dort eintreten, wo jetzt in der Anwendung des Gesetzes eine gewisse Sicherheit bereits eingetreten ist. Dazu kommt, daß die Wünsche auf Aenderung des Gesetzbuchs naturgemäß sehr viel stärker laut werden, wenn einem ersten dieser Wünsche Erfüllung zu teil geworden ist. Auch von unserer Seite sind mancherlei Wünsche nach dieser Richtung vorhanden, und auch wir könnten mit einer langen Reihe von Abänderungsanträgen aufwarten. Wenn wir dies bisher unterlassen haben, so ist es in der Ueberzeugung geschehen, daß die Zeit für eine umfassende Revision des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch nicht gekommen ist. Wir befinden uns in einem Uebergangsstadium, und die Beschwerden über die scharfe Haftung des Tierhalters sind Uebergangsschmerzen, die zu überwinden oder bei einer gründlichen Revision des Gesetzbuchs zu berücksichtigen sind. Bis dahin verchiebe man die Aenderung des Gesetzbuchs.

„Männer“ in Weiberröcken, „Humanität“ contra „Solidarität“, Arbeiter-„Ausfluß“ in der A. G. G. zu Berlin.

„Seid umschlungen, Millionen!“ Diesen oft zitierten Ausspruch Schillers könnte man in goldenen Lettern mit Recht über den Eingang der A. G. G. - Werke schreiben; denn in der „Kunst — Millionen zu machen“, steht diese Weltfirma anerkanntermaßen als weithin leuchtendes Beispiel da. Jenem „Idealen“, eben genannten Zwecke mag auch wohl einer ihrer neueren Maßnahmen dienen. Es wird nämlich berichtet, daß die A. G. G. dazu übergeht, Isolierarbeiten, die früher durchweg von Männern verrichtet wurden, nunmehr durch „Männer“ in Weiberröcken ausführen zu lassen! Tatsächlich soll geplant sein, nach und nach in der Hauptfache sämtliche männlichen Isolierer durch Frauen und Mädchen zu ersetzen. Freilich arbeitet auch das „schwache Geschlecht“ für einen Affordlohn von 35 Pf. pro Stunde, während die Männer mindestens das Doppelte für dieselbe Zeit beanspruchen. Was verschlägt's, wenn die Frauen infolge der anstrengenden Arbeit dann über Brust- und Kreuzschmerzen klagen! Der Zweck heiligt die Mittel und die — „Millionenfabrikation“ geht schließlich doch über die Gesundheit „ordinärer Proletenweiber“!

Hat die Firma doch anderweitig Gelegenheit, ihre Logen, „Humanität“ — mit der sie stets prahlt — bis zur Evidenz zu beweisen! Wurde da neulich ein Mitglied des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im Verlaufe seiner agitatorischen Tätigkeit knall auf Fall gemahregelt? Das war bei der „freisinnigen“ Firma nichts neues! Genöwenig neu war es, daß die Kollegen des Gemahregelten ihre Solidarität durch Einleitung einer Sammlung für den Betroffenen bewiesen! Derartiges war bisher immer geschehen, nur eine feige Verräterseele hatte sich bis dato noch nicht gefunden, die die ganze Geschichte brü- harm der „berehrlichen Direktion“ hinterbracht hätte. Da sich diesmal eine erbärmliche Kreatur fand, so beschloß die Direktion, ein erneutes Exemplar ihrer bereits von den Spanen gepflanzten „Humanität“ und „Freisinnigkeit“ zu statuieren, indem sie — den mutmaßlichen Veranlasser der vorerwähnten Sammlung (einen Vertrauensmann des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes!) eben- falls aus dem Pflaster warf! Pro forma rückte sich der Herr Direktor Hirschberg hierbei auf eine „mittelalterliche Sklavenbestimmung“ der Fabrik-Arbeitsordnung, nach welcher u. a. Veranlasser von und Beteiligte an Sammlungen — die ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung entbehren! — als entlassen gelten! Da dieser „Lobal“ etwas „stark“ ist, so hat man — wohl für minder „schwere“ Fälle, wo es sich nicht gerade um „Vertrauensleute einer modernen Organisation“ handelt! — noch eine zweite Art von Arbeitsordnungen bereit, welche die angegebenen und ähnliche „Verstöße“ nur verbietet und nicht die „fürchterliche Drohung“ der Entlassung enthält! Nachdem in der „Wissenhaft“ der „Dualismus“ durch Hädel glücklicherweise überwunden ist, sollte auch die auf „modernem“ Standpunkte stehende A. G. G. so weit sein, ein — „monistisches“ Strafsystem einzuführen! Wo- zu auch zwei Wege, wenn der erste — falls ein- heitlich und konsequent angewandt — zur Befestigung eines großen Teiles der „Not-Organisiererten“ geführt hätte? Dann waren Sie doch, verehrter Herr Direktor, eine Menge der „Moskito“ los, die Ihnen schon so manchen Schmerzhaften — „Solidaritätsstück“ ver- setzt! Im übrigen, verehrter Herr, haben Sie nicht verhindern können, daß für die beiden Gemahregelten ein hübsches Stück Geld gesammelt worden ist! Die Klassenbewußte Arbeitererschaft läßt sich ihr Recht auf Solidarität eben

nicht durch Kleinliche Gegenmaßregeln streitig machen, die so sehr bezeichnend für die von „Arbeiterfreundlichkeit“ tiefende, sogen. „humane“ Denkungsart mancher Arbeitgeber sind! —

Auch der „Arbeiter-Ausschuß“ (der nach der Meinung vieler der „Ausschuß der Arbeiter“ im wahren Sinne des Wortes sein soll!) hatte anlässlich der zweifelsprochenden Maßregelung die günstigste Gelegenheit, wieder einmal seine „Unfähigkeit“ voll und ganz zu dokumentieren! Abgesehen von einzelnen rühmlichen Ausnahmen, weigerten sich die „Mitglieder ohne Furcht“, irgend welche Schritte für ihren Kollegen — der auf eine bloße, unbewiesene Anschuldigung hin gemacht worden war! — bei der Fabrikleitung zu unternehmen, obwohl sie nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht dazu hatten, nachdem die Angelegenheit auf dem Instanzenwege nicht erledigt werden konnte! (§ 7 der Satzungen f. d. Arbeiter-Ausschuß) „Ja, das nicht doch nichts! Wir werden bloß vom Herrn Direktor Hirschberg angeschauzt!“ entschuldigten sich die „Angstlerner“. Die Arbeiter-Ausschuß zu wählen, die ihrer Willen auch einmal einen „Anschauzer“ mit in Kauf zu nehmen gewillt sind und eventl. die richtige Antwort darauf finden.

Auf der anderen Seite wird von einzelnen Arbeiter-Ausschuß-Mitgliedern, wohl nicht ganz mit Unrecht, darüber geklagt, daß sie zu wenig Rücksicht in der Arbeiter-Ausschuß selbst fänden! Es sollen Fälle vorgekommen sein, wo Arbeiter ihre beruflichen Vertreter erst mit Beschwerden vor die Direktion schickten und nachher aus Angst ihre Behauptungen ganz oder teilweise widerriefen, so daß den betr. Ausschussmitgliedern mit sofortiger Entlassung gedroht worden, falls sie es noch einmal wagen sollten, mit so böllig „unmotivierten“ Beschwerden vor die Fabrikleitung zu treten! Den „ungefallenen“ Zeugen aber habe der Herr Direktor freundlich die Hand gereicht und — wie ein Arbeiter-Ausschuß-Mitglied sarkastisch bemerkte — wohl schmunzelnd im Stillen gedacht: „Fahren Sie nur so fort, meine Herren! Solche — „R. n. n. n.“ können wir hier gut gebrauchen!“

Einzig ist so verwerflich wie das andere! Verlangt die Arbeiterschaft nach drücklicher Vertretung ihrer Interessen durch den Arbeiter-Ausschuß, so hat sie auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in jedem Falle energisch Schulter an Schulter zu ihren Abgesandten zu stehen, stets eingedenk jener herzigsten Worte:

„Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn Ihr nur einig seid!“

Das einigende Bindeglied aber ist und bleibt die moderne Organisation, sowohl in gewerkschaftlicher als auch in sozialpolitischer Beziehung. Darum hinein in die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Wahlvereine, wer ihnen noch fernsteht, damit dem kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückterum endlich der Kopf zertrümmert und die „freimüthigen und anderen Volkvertreter“ bei der nächsten Wahl aus dem Parlament hinweggefegt werden!

Uns der Siegl!

Die Plagegeister der Landstraßen.

Nicht nur die Hausfrauen seufzen unter der Synphusarbeit der Staubbekämpfung. Auch die deutschen Städte- und Kreisverwaltungen sind seit langem bestrebt, auf ihren Straßen und Chauffeen dem Staub, der, von Wind und Wagen aufgerührt, sich auf die Zunge legt, zu Leibe zu gehen. Das Automobil hat seinen Siegeslauf durch Deutschland in Staubwolken gebüllt zurückgelegt, und die Frage, wie dem Uebel zu steuern sei, wird immer brennender. Gerade das Verkehrsmittel der Zukunft vertritt sich nicht mit dem Staub, dem Sinnbild des Modernen, und in den Auf: Ariege dem Staub! stimmen daher immer weitere Kreise ein. In München hat sich bereits im Jahre 1904 eine Gesellschaft zur Bekämpfung des Straßenstaubes gebildet. Ihr kommt jetzt der bayerische Verband der Rad- und Motorfahrer zu Hilfe, der das Problem der Staubbekämpfung von der andern Seite ansäht, aber zu denselben Zielen gelangt. Im Auftrag des Verbandes hat jetzt Oberstleutnant z. D. Varriz eine Broschüre über die Staubplage und ihre Bekämpfung herausgegeben, in der alles zusammengefasst ist, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Der Verfasser hebt hervor, daß es nicht allein das Ruff-Löfl ist, das Staub aufwirbelt. Mit der Zunahme des Verkehrs auf den Landstraßen entsteht, so führt er aus, für die Behörden die Kulturspflicht zur Bekämpfung der Straßen von der lästigen Staubbildung. Wie das am besten geschehen kann, dafür hat der berühmte holländische Pottentlofer schon vor 12 Jahren den ersten Fingerzeig gegeben. „Delen Ste. die Straßen!“ rief er einem Kollegen zu. Und in der Tat: Die Mittel und Verfahren, den Staub zu binden, ihm die Eigenschaft des Luftwirbels zu rauben, haben sich auch bei den jüngsten Versuchen als praktisch erwiesen. Die Wasserbesprengung ist nicht nachhaltig genug; Petroleum riecht zu stark, ist in Deutschland auch zu teuer. In Italien wurden zuerst

Staubbindungen mit Teer gemacht, der Erfolg war gut, ließ aber bei größeren Strecken nach. Die Industrie ist auch in der Erfindung neuer Staubbindemittel fortgeschritten: sie benützt vorwiegend Oele, Salzlösungen, zum Beispiel Bestrumit und Mustomit.

Heute sind diejenigen Länder in der Staubbekämpfung auf den Landstraßen am weitesten vorgeschritten, die einen hochentwickelten Automobilverkehr besitzen: Frankreich, England, Italien. Deutschland kommt erst in vierter Reihe. Was für Deutschland hier noch zu tun ist, führt Oberstleutnant Varriz in folgendem aus:

In Deutschland sind zurzeit noch keine bemerkenswerten Versuche zur Staubbekämpfung auf Landstraßen in größerem Stil gemacht. Bestrumitverwendung hat für Sportzwecke, Automobilpurenfahren usw. mit Vorteil stattgefunden. Wo es gilt, für ähnliche Zwecke Straßen oder Plätze kurze Zeit staubfrei zu machen (Zurmpflege, Exerzierplätze, Plätze für große Paraden) stehen auch noch andere zur Verfügung, zum Beispiel Calciumchlorid, Mustomit, Durallit. Diese vorübergehende Staubbekämpfung ist wohl nicht das richtige Ziel, das die mit der Straßeninstandhaltung betrauten Behörden anstreben sollten. Wichtiger sind alle Mittel, die dauernde Staubbekämpfung erreichen lassen.

Mehr Interesse als für die Bekämpfung des Straßenstaubes auf Landstraßen wird in Deutschland der Bekämpfung des Staubes in Großstädten, Heilstätten und deren Umgebung entgegengebracht.

Für Städte steht in erster Linie Asphalt zur Verfügung, um neben Steinpflaster an Stelle des Malsadams zu treten. Asphalt kommt die für Städte vortheilhafteste Eigenschaft zu, den Schall zu dämpfen. Die Erwartungen aber, die man an Asphalt in der Richtung der Staubverminderung anfänglich stellte, haben zum Teil enttäuscht. Die Staubplage besteht, wenn nicht alle Straßen asphaltiert sind, hier gleichwohl, der Staub wird noch mehr empfunden, da er von anderen Straßen hingetragen wird und auf der glatten Oberfläche keinen Halt findet.

In Breukelen findet in der Provinz Hannover das Kleinpflaster Verbreitung, das der Bauvat Gravenhorst in Stade vor ungefähr 20 Jahren einführte. Es werden dabei die für die bisherigen Steinstraßen bestimmten Steine nicht wie früher in unregelmäßiger Schüttung auf die abgeleitete Steinbahn gebracht, sondern in etwas sorgfältig bearbeitetem Zustand pflasterartig nebeneinander gesetzt. Mit dieser Pflasterungsweise wurden auch in England vor kurzem Versuche gemacht, die befriedigten. In München geht man jetzt daran, für alle Nebenstraßen den Malsadam durch Kleinpflaster zu ersetzen. Dieses ist billig, starkem Verkehr, auch von Lastwagen, gewachsen und im Vergleich zum Malsadam fast staubfrei. Kleinpflaster würde auch dem Zwecke des Automobilverkehrs entsprechen.

Am Gegenatz zu Frankreich wendet man in Deutschland dem Teeren der Straßen wenig Aufmerksamkeit zu. Der Deutsche Verband der Dachpappen- und Asphaltfabrikanten hat zwar 1904 ein Preisauschreiben für beste Verwertung des Teers zur Staubbekämpfung erlassen. Ueber das Ergebnis dieses Wettbewerbes ist aber nichts bekannt geworden. In der preussischen Rheinprovinz (Düsseldorf), in der bayerischen Rheinpfalz (Kaiserslautern) und in Lothringen (Metz) wurden allerdings Teerveruche in größerem Stil gemacht. Ohne Zweifel ist das Klima in Deutschland dem Teeren unangünstig. Da nie mit Sicherheit auf eine Reihe sich folgender sonniger Tage gerechnet werden kann, so müßte sich die Straßenbehandlung mit öligen oder Teerprodukten gleichzeitig auf große Flächen erstrecken. Dazu wären besondere Sprengwagen, vielleicht mit motorischem Antrieb, von Nutzen. Selbstverständlich wären Straßen oder Rennbahnen, die ausschließlich von Automobilen benützt werden sollen, so anzulegen, daß sie staubfrei sind. Von Automobilstraßen, die Paris und Ostende, London und Seebad Brighton, Frankfurt und Wiesbaden verbinden sollten, war die Rede. Ein größeres Projekt ist das vom österreichischen Ministerialrat Weber von Ebenhof aufgestellte. Es handelt sich hier um eine Automobilstraße längs der balmatischen Riviera. Sie ist als Mittellstraße von Zara bis an die Grenze von Montenegro geplant, zum Teil sollen neue Straßenstrecken gebaut, zum Teil alte verbreitert und vor allem staubfrei gemacht werden. Man erwartet, den internationalen Fremdenverkehr dadurch nach Dalmanien zu lenken und diese Provinz dadurch wirtschaftlich zu heben.

Oberstleutnant Varriz kommt am Schlusse seiner Broschüre zu folgendem Ergebnis: Die Staubbekämpfung geht auf eine Reform der Landstraßen hinaus. So wie diese jetzt sind und von den Anwohnern übernommen wurden, taugen sie nicht für den gleichzeitigen Verkehr mit Kraftfahrzeugen und mit tierischem Zug neben dem von Fußgängern und Radfahrern.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Die „Labour Gazette“ teilt in ihrem Dezemberheft die dem britischen Arbeitsamt zugegangenen statistischen Mitteilungen über die Entwicklung der englischen Trade Unions im Jahre 1906 mit. Die englische Gewerkschaftsbewegung, die bis vor kurzem noch den ersten Platz in der ganzen Welt behauptete, hat im genannten Jahre diesen Rang wenigstens hinsichtlich der Zahl der angeschlossenen Mitglieder an die deutsche abtreten müssen. Setzt man freilich die Zahl der organisierten Arbeiter mit der der Bevölkerung in Beziehung, so steht England immer noch an erster Stelle, da hier im Jahre 1906 ein Gewerkschaftler bereits auf ca. 21 Einwohner kam, in Deutschland dagegen erst auf 27. Auch in bezug auf die Entwicklung ihrer finanziellen Verhältnisse, ihrer Un-

terstützungseinrichtungen zc. haben die deutschen Gewerkschaften die englischen natürlich noch lange nicht erreicht.

Dem Bericht des Arbeitsamts zufolge existierten Ende 1906 in England 1161 Gewerksvereine mit einem Gesamtmitgliederbestand von 2 106 283. Das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr von 10,1 und gegen das Jahr 1897 von 27,7 pCt. Die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften (die verschiedenen Richtungen zusammengenommen) betrug sich bereits im Durchschnitt des Jahre 1906 auf 2 215 165 und war damit um 21,7 pCt. höher als im Jahre 1905 und etwa viermal so hoch wie im Jahre 1897. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist also in letzter Jahrzehnt eine ungleich beachtlichere gewesen wie die der englischen. Hinsichtlich der Zahl der weiblichen Mitglieder haben die deutschen Gewerkschaften die englischen freilich noch nicht erreicht; dieselbe betrug bei letzteren im Jahre 1906 162 453 oder 7,7 pCt. sämtlicher Mitglieder, bei ersteren dagegen nur 118 908 oder 5,4 pCt.

Die stärkste relative Zunahme unter den englischen Trade Unions hatten im Berichtsjahre der Gewerksverein der Bergarbeiter mit 73 000 Mitgliedern oder 15,3 pCt., der der Textilarbeiter mit 36 000 oder 13,8 pCt. und der Eisenbahnbeamten mit 19 000 oder 23,7 pCt. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie war ein Zuwachs von 22 000 Mitgliedern zu verzeichnen, der aber hier nur 6,4 pCt. des jetzigen Mitgliederbestandes dieser Gruppe repräsentierte.

Außer diesem allgemeinen gibt die „Labour Gazette“ noch einen spezialisierten Ueberblick über die Mitgliederbewegung und die finanziellen Verhältnisse der 100 wichtigsten Gewerkschaften, die 60 pCt. aller Gewerkschaftsmitglieder des Landes umfassen. Diese Trade Unions hatten

Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1897 1 088 993	39 419 240	37 820 540	44 620 140
1905 1 189 707	44 234 660	41 290 700	96 261 100
1906 1 273 995	46 883 140	39 173 520	108 970 720

Der kleine Rückgang in den Ausgaben von 1905 auf 1906 ist durch die Einschränkung von Arbeitslosenunterstützungen infolge des guten Geschäftsganges bedingt. Auf den Kopf des Mitglieds berechnet, beliefen sich im letzten Jahre die Einnahmen auf 36,80, die Ausgaben auf 30,75 und der Vermögensbestand auf 81,60 Mt. Ziehen wir zum Vergleich die Finanzstatistik der deutschen freien Gewerkschaften heran, so finden wir bei diesen eine Einnahme pro Kopf in Höhe von 24,62, eine Ausgabe von 21,88 und einen Vermögensbestand von 14,98 Mt. Besonders in der letzten Zahl brüht sich das geringere Entwicklungsalter der deutschen Bewegung aus.

Von den rund 350 240 000 Mt., die diese hundert bedeutendsten Gewerkschaften in den letzten 10 Jahren verausgabten, entfielen 77 480 000 Mt. oder 22,1 pCt. auf Arbeitslosenunterstützungen, 46 900 000 Mt. oder 13,4 pCt. auf Kampfszwecke und 148 760 000 Mt. oder 42,5 pCt. auf andere (Krankheits-, Unfall-, Invaliden-, Sterbe-) Unterstützungen, während der Rest von 77 100 000 Mt. oder 22 pCt. für Verwaltungs- und gemeinliche Ausgaben verbraucht wurden. Die außerordentliche Höhe der von den englischen Gewerkschaften an Kranke, verletzte und invalide Arbeiter gezahlten Unterstützungen hat ihre Ursache in dem Fehlen einer staatlichen Arbeiterversicherung in England, an deren Stelle bekanntlich nur ein ziemlich mangelhaftes Haftpflichtgesetz besteht. Dieses Manko ist andererseits, indem es die Arbeiter auf den Weg der Selbsthilfe verwies, mit zum stärksten Ansporn der Ausbreitung und Entwicklung und Ausbildung der englischen Gewerkschaften geworden.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Keine Droschkenkauffeise in Berlin. Die „Frauenbewegung“ im Droschkenautomobilbau hat ein schnelles Ende gefunden. Zur Zeit giebt es auf den Berliner Straßen keine Droschkenkauffeise mehr. Frau v. Bapp hat schweren Herzens den ursprünglichen Beruf am Steuerrad endgültig aufgegeben, und die zweite Dame, die sich eine Lizenz erworben hatte, hat dem Chauffeurberuf gleichfalls den Rücken gekehrt. Von den übrigen Damen — etwa zwanzig an der Zahl — die sich zu Chauffeuren ausbilden lassen wollten, hat es keine zum Erwerb eines polizeilichen Führerscheines gebracht. Auch die Automobilbetriebsfirmen zeigen keine Neigung mehr, die Ausbildung weiblicher Chauffeure zu fördern. Die ersten Versuche haben ergeben, daß weibliche Droschkenführer auf die Dauer doch nicht die männlichen Kollegen an Leistungsfähigkeit erreichen können. Und dazu kamen Schikanen aller Art, denen selber die autoffeuierenden Frauen ausgesetzt waren. So berichten die Tages-Zeitungen. Demnach hätte sich auch in Berlin die Pariser Mode sich nicht lange beherrt. Schmecken Herzens müssen die Unternehmer zugeben, daß sich die billige weibliche Arbeitskraft im Straßenverkehr doch nicht bewährt, trotz aller Lohnsystemversuche. Sicher haben die Herron Bestker den jungen Frauen für ihre Bemühungen so wenig geboten, daß diese von selbst davon ließen. Wie wurden sie gebildet! Im Büro hielt man sie solange auf, bis der obse Vertrauensmann der Führer aus dem Betriebe war, damit dieser nur ja nicht erfährt, unter was für Bedingungen die Kollegin arbeitete. Wehe wer sich ihr näherte, der konnte aber sicher den heiligsten Born des Herrn Direktors verspüren. Die Chauffeure sollte eben vorläufig das Betriebsgeheimnis bleiben, bis — — — na bis — — —

Behüt dich Gott, es wär so schön gewesen, behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein!

Das Prämienystem. Unter den vielen verschiedenen Lohnsystemen in den Automobilbetriebe, ist eins der niedrigsten und ungerechtesten das Prämienlohnsystem. Dieses System verfährt nach unserer

Ueberzeugung direkt gegen die Polizeiverordnung betreffs den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Mancher Leser wird sich wundern, wie dies möglich ist, aber in der Folge dieser Zeilen wird auch der Laie sich von der Wahrheit dieses Wortes überzeugen haben. Um ein richtiges Bild zu erhalten, wollen wir den § 15 Abs. 2 der Polizeiverordnung anführen, welcher folgendes bejagt:

„Der Führer ist verpflichtet, sich vor der Fahrt davon zu überzeugen, daß das Fahrzeug in ordnungsmäßigem Zustande ist und daß seine maschinellen sowie die in § 3 vorgeschriebenen Einrichtungen gut wirken.“

Wenn die Automobilführer nun auf der einen Seite gezwungen sind, eine derartige polizeiliche Vorschrift zu befolgen, so müssen sie auf der anderen Seite auch verlangen können, daß ihnen der Unternehmer die nötige Zeit und die Mittel zur Verfügung stellt, um der Vorschrift genügen zu können. Das ist aber leider zumeist nicht der Fall und daran trägt eben das erwähnte System den größten Teil der Schuld. Ein derartiges System besteht auch unter anderem bei der Automobilabteilung des Warenhauses Wertheim. In diesen Betrieben sind 28 Automobilführer tätig. Die Arbeitszeit beginnt 1/8 Uhr morgens und dauert bis 8 Uhr abends; Ueberarbeit wird nicht bezahlt. Den notwendigen Pausen zum Essen können die Führer meistens nur auf der Straße nachkommen. So auch des Mittags, wo dann der Führer nochedrungen gezwungen ist, mit seinem Gefährt vor einem Lokal zu halten, was dann seinen ohne die übliche Scherelei und nötigen Strafmandate von seiten der Polizei abgeht. Sehr oft kommt es vor, daß der Fahrer nur eine Mittagspause von 20 Minuten machen kann. Bei den Vorortfahrern ist die Arbeitszeit entsprechend länger. Es kommt hier sogar häufig vor, wenn der Führer viel von Pannem heimgefuhr wird, daß er die ganze Nacht imerwegs ist, wie z. B. ein Kollege in der Neujahrnacht. Wenn er dann glaubt, dafür eine Entschädigung zu erhalten, so muß er sich nicht verbrießen lassen, ein paar Wochen lang von Pontius zu Pilatus zu laufen und dann ist es noch fraglich, ob er solche erhält. Der Lohn beträgt für die Führer 25 bis 30 Mt. und 2 Pf. Kilometergeld. Allerdings zum Hungern zu viel und zum Leben zu wenig. Aber der Fahrer bekommt ja noch eine Prämie. Wie schon sich das anhört! Die Prämie beträgt pro Tag 2 Mt. und wird dem Führer dann gewährt: 1. Wenn früh pünktlich abgefahren wird; 2. Wenn der Fahrer mit seinem Wagen über eine Bierstunde Panne, so geht ihm die ganze Prämie verloren.

Also demnach geht es den Führern bei Wertheim mit der Prämie so, wie jenem Hund, welchem man eine Wurst hinhält, ihm aber dieselbe nicht zum Fressen gibt, sondern ihn nur dran riechen läßt. Was nun von seiten der Führer alles versucht und getan werden muß, um den Lohn durch die sogenannte Prämie erhöhen zu können, davon bekommt nur derjenige einen Begriff, welcher die Wertheimischen Geschäftswagen von innen kennt. Es ist bekanntlich das alte System (Erdmann-Tempelhof). Man stelle sich nur die Lage eines Führers vor, welcher früh vor der Abfahrt an seinen Wagen oder Motor einen kleinen Defekt entdeckt. Auf der einen Seite winkt ihm die Prämie, auf der anderen Seite schwebt ihm die Polizeiverordnung vor Augen. Hier wird der Führer in die Versuchung des Misserfolgs gerieben. Das Prämienlohnsystem kommt für den Führer dem Glücksspiel gleich. Was sich dadurch für Unzutrefflichkeiten für die Führer ereignet und be-reffs Unsicherheit im Verkehr andernteils ergeben, läßt sich mit kurzen Worten kaum schildern. Unenträglich wird die Sache aber noch dadurch, wenn die Führer Personen unterstellt sind, welche vom Automobilbetrieb keine Ahnung haben. Im Betrieb von Wertheim ist zum Zweck der Kontrolle über die Führer eine Buchhalterin, Fräulein Thomas, angestellt. Diese Dame hat dafür zu sorgen, daß die Führer den Betrieb pünktlich verlassen. Entdeckt der Führer nun vor der Abfahrt an seinem Motor z. B. daß eine Schraube oder eine andere Befestigung verloren gegangen ist, so befiehlt das Fräulein ganz einfach, damit der Aufenthalt nicht zu lange dauert, den Motor mit Binddraht zu befestigen. Also schon im Betrieb muß mit Binddraht gestiftet werden; mit welchen Mitteln muß sich da der Führer erst auf der Straße behelfen? Zum Nutzen der Firma wird auf diese Weise sicher nicht gewirkt. Der Schaden an Material muß hier naturgemäß größer werden, als die Erparnisse, welche man auf seiten der Firma mit der Prämie macht. Zuletz: muß bei einem derartigen Lohnsystem auch jeder Mensch gleichgültig werden. Die Firma Wertheim hat auch schon die Erfahrung gemacht müssen, daß sie sich in den Empfänger der höchsten Prämie täuschte. Denn diese waren ebenfalls die Opfer des unsicheren Prämienlohnsystems.

Wie soll ein Mensch Lust und Liebe zur Arbeit haben, wenn er weiß, daß er für die schwerste Arbeit nichts bezahlt bekommt; dazu gehört doch zweifellos die Panne auf der Straße. Aber auch die Behandlung des Führers von seiten der Betriebsleitung trägt ein groß Teil zum Arbeitsmisse bei. So muß man auch hier das Kontrollsystem des Fräulein Thomas beleuchten. Dieses Fräulein erstreckt ihre Kontrolle bis in den Ankleideraum der Führer, auch wenn die Führer mit dem Ankleiden beschäftigt sind. Jedes zweite Wort ist bei ihr eine Miße. Bei der kleinsten Miße erfolgt die Entlassung. Daher ist auch bei jedem, auch dem geringsten Anlaß ihr Ausspruch: „Ich werde veranlassen, daß Sie bestraft werden, aber Sie bekommen eine Miße.“ Solche Verhältnisse können aber nur durch den Zusammenschluß der Kollegen in einer auf dem Boden der freien aufgeklärten Arbeiterschaft

stehenden Organisation beseitigt werden. Denn das ganze Arbeits- und Lohnsystem bei Wertheim ist dazu angelegt, den Führer mißmutig zu machen, was ja auch der starke Wechsel der Führer beweist.

Bierfahrer.

Leipzig. Die Fass- und Flaschenbierarbeiter hielten am 5. Januar in der Koburger Bierhalle eine außerordentliche Versammlung ab, in der der Genosse Schöpflin einen Vortrag über: Der Kampf um den Stillen Ozean hielt. Den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung im verfloffenen Jahr erstattete der Obmann, Kollege Sängerkub. Die Sektionsleitung hat in dieser Zeit eine eifrige Tätigkeit entfaltet. Die gesteigerten Lebensmittelpreise gaben Veranlassung, an den Brauereibereim heranzutreten und um Gewährung einer Teuerungszulage zu ersuchen. Mit Ausnahme von drei Betrieben wurde das Gesuch abgelehnt. Die Mißstände im Flaschenpaß führten wiederholt zu Differenzen und nur durch energisches Eingreifen der Leitung gelang es, die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen. Der im Jahre 1906 mit 25 kleinen Flaschenbierhandlungen vereinbarte Lohnarif konnte nicht wieder erneuert werden, weil der Organisationsgedanke bei den in diesen Zwergerbetrieben beschäftigten Berufskollegen leider nicht den genügenden Eingang gefunden hat. Bei der Firma Möbiger erzielten die Kollegen eine wöchentliche Lohnzulage von drei bis fünf Mark. Mit der Firma Eckardt u. Canig wurde ein Tarif vereinbart. Dem Fahrpersonal der Schultheiß-Brauereineiederlage wurde von der Firma die Lieferung der weißen Dienstenden entzogen; das Eingreifen der Sektionsleitung führte aber schließlich dazu, daß den Kollegen 50 Pf. Entschädigung pro Woche bewilligt wurden. Verhandlungen mit der Firma Kiebeck u. Co. zeitigten den Erfolg, daß der Leipziger Tarif auch in der Filiale Möbha zur Einführung gelangte. Durch Umstange wurde festgestellt, daß von den in Brauereien und Bierneiederlagen beschäftigten Verbandsmitgliedern 245 den ganzen und 45 den halben Tag an der Matfeier beteiligt waren. In 8 Versammlungen, 103 Betriebsbesprechungen und 10 Sitzungen fanden die Berufsfragen ihre Erledigung. — Nach Entgegennahme des Berichts wurden die Kollegen Sängerkub, Stabitz, Fröhlich, Fischer, Berthelmann, Naumann und Berger in die Sektionsleitung gewählt. Da der bestehende Lohnarif zum 15. April abläuft, faßte die im Oktober abgehaltene Sektionsversammlung den Beschluß: In sämtlichen Betrieben ist mit den Kollegen Fühlung zu nehmen und die Frage zu diskutieren, welche Lohnforderungen gestellt werden sollen; gleichzeitig ist das Organisationsverhältnis genau festzustellen. Dieser Beschluß wurde von der Leitung ausgeführt mit dem folgenden Resultat: In 38 Betrieben wurden zusammen 757 Berufskollegen beschäftigt; davon waren organisiert im Transportarbeiterverband 478, im Brauerverband 143, in verschiedenen Verbänden 17 und unorganisiert waren 119. Wenn das Organisationsverhältnis auch kein unangünstiges ist, so muß es doch Aufgabe der Kollegen sein, die noch indifferenten Berufskollegen ebenfalls der Organisation zuzuführen. Ferner teilte Kollege Neber mit, daß die Sektionsleitung mit den gewählten Vertrauensleuten einen neuen Tarifentwurf ausgearbeitet habe. Nach Prüfung durch die Betriebsvertrauensleute wird der Entwurf der Kollegenschaft zur Beratung unterbreitet werden. Pflicht jedes einzelnen muß es sein, die nächsten Versammlungen zu besuchen, damit bei den Beratungen etwaige Wünsche berücksichtigt werden können.

Handelsarbeiter.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für die Arbeitsnachweise der Berliner Verwaltungen. Arbeitslos waren am Schlusse des 3. Quartals 07 215 Koll. Im Laufe des 4. Quartals meldeten sich neu 2392 „

Arbeitslos waren nach Branchen	Zusammen 2807 Koll.	
	Gemeldete Stellen (für fest) (a. Ausb. u. Hülfe)	Besezte Stellen (für fest) (a. Ausb. u. Hülfe)
Hausdiener, Backerc.	984 818 909	637 907
Kutscher	356 202 27	130 21
Spedit. u. Lagerarb.	744 215 1290	143 1213
Weinfelderarbeiter	5 13 2	7 2
Mineralwasserarbeiter	11 6 3	6 3
Feinlebensmittelarbeiter	51 29 22	24 22
Kleinfabrikarbeiter	17 1 6	— 5
Kraftwagenführer	8 5 1	2 1
Lauf- u. Arbeitsburschen	197 202 21	90 17
Arbeiterinn., Backerin.	7 10 1	3 1
	2380 1501 2282	1042 2192
	3783	3234

Miedorf. Provisorischer Arbeitsnachweis Richardstr. 112 (Gastwirt Lange früher Brunenwald).

Arbeitslos waren nach Branchen	Zusammen 2807 Koll.	
	Gemeldete Stellen (für fest) (a. Ausb. u. Hülfe)	Besezte Stellen (für fest) (a. Ausb. u. Hülfe)
Hausdiener, Backerc.	— 2 —	1 —
Kutscher	1 3 —	1 —
Spedit. u. Lagerarb.	11 10 5	7 —
Lauf- u. Arbeitsburschen	— 1 1	— —
	12 16 6	9 —

Arbeitslos blieben am Schlusse des 4. Quartals 701 Kollegen, 780 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 15370 Tage 16521,05 Mt. Arbeitslosenunterstützung. 8 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kolleginnen erhielten für 48 Tage 21,50 Mt. Arbeitslosenunterstützung. In 36 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden insgesamt 57 — Mt. Reiseunterstützung gezahlt. Abgereist sind im 4. Quartal 32 Kollegen. Zur Zeit beträgt die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich 300 pro Tag. Da ist es dringende Pflicht aller

Kollegen, durch Meldung aller ihnen bekannt werdenden Arbeitsstellen, den Arbeitslosen zu helfen. Wer das nicht tut und etwa einen Gegner zu einer Stellung verhilft, der sollte sich nicht erst als klassenbewußter Arbeiter ausgeben. Die Solidarität kann hier viel Not und Elend lindern, viel Hunger stillen, deshalb, Kollegen, übt in jeder Beziehung Solidarität an Euren Klassengenossen!

Berlin. Den vom Reichkanzler aufgestellten Entwurf von Abänderungen der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe haben die zuständigen preussischen Minister den Regierungspräsidenten mit folgenden Bemerkungen übermittelt:

Der Entwurf bezweckt eine erhebliche Umgestaltung der Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Bisher ist gemäß 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung an Sonn- und Festtagen grundsätzlich eine fünfstündige Beschäftigung im Handelsgewerbe zugelassen; diese Beschäftigungszeit kann aber durch statutarische Bestimmungen der Gemeinden und weiteren Kommunalverbände eingeschränkt werden. Auf Grund des § 105c a. a. D. sind gewisse unaufschiebbare Arbeiten auch außerhalb der im § 105b zugelassenen Beschäftigungsstunden ohne weiteres gestattet. Ferner kann für solche Zweige des Handelsgewerbes, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervorretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, durch die höheren Verwaltungsbehörden die Sonntagsarbeit über die im § 105b Abs. 2 gezogenen Grenzen hinaus gestattet werden. Der Entwurf stellt den Grundsatz auf, daß — ebenso wie schon jetzt in der Industrie und im Handwerk — in Zukunft auch im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sollen in folgendem Umfange zulässig sein: 1. Die Vorschriften des § 105c, wonach gewisse unaufschiebbare Arbeiten an Sonn- und Festtagen unter bestimmten Bedingungen ohne weiteres zulässig sind, bleiben unberührt. 2. Ebenso bleiben die Vorschriften des § 105c Abs. 1 bestehen. Auch in Zukunft werden also die höheren Verwaltungsbehörden (Regierungspräsidenten) für diejenigen Zweige des Handelsgewerbes, deren Ausübung Sonntags zur Befriedigung von Bedürfnissen der Bevölkerung unerläßlich erscheint, Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zuzulassen haben. Während aber bisher die höheren Verwaltungsbehörden bei der Bewilligung der Ausnahmen nur festzusetzen hatten, in welchem Umfange die Sonntagsarbeit in diesen Handelsgewerben über die allgem. zugelassene (in der Regel fünfstündige) Beschäftigungszeit hinaus zulässig ist, werden sie in Zukunft die ganze sonn- und festtägliche Beschäftigungszeit in diesen Handelsgewerben erschöpfend festzusetzen haben. 3. Mit widerrechtlicher Zustimmung der Aufsichtsbehörden kann durch Beschluß der weiteren Kommunalverbände (in erster Linie der Kreisverwaltungen) oder — in Ermangelung eines solchen Beschlusses — durch Beschluß der Gemeindebehörden für solche Handelsgewerbe, für welche von der höheren Verwaltungsbehörde Ausnahmen auf Grund des § 105c Abs. 1 nicht zugelassen sind, Sonntagsarbeit bis zu drei Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus gestattet werden. In gleicher Weise ist für die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten die Zulassung einer höchstens zehnstündigen Beschäftigung und für jährlich drei weitere Sonn- und Festtage die Zulassung einer höchstens sechsstündigen Beschäftigung statthaft. Der Bundesrat hat über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter welchen die höheren Verwaltungsbehörden und die weiteren Kommunalverbände bezw. Gemeinden die vorerörterten Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zulassen können, und über den Umfang dieser Ausnahmen nähere Bestimmungen zu erlassen. Die Herren Regierungspräsidenten ersuchen wir, sich nach Anhörung der amtlichen Vertretungen des Handelsstandes sowie der etwa in den einzelnen Bezirken vorhandenen größeren Vereinigungen von Handelsgewerbetreibenden und Handlungsgehilfen über den Entwurf zu äußern. Es wird zu prüfen sein, ob die Bestimmungen des Entwurfs eine befriedigende Regelung der Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe ermöglichen, insbesondere, ob weitergehende Beschränkungen der Sonntagsarbeit oder andererseits weitergehende Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit wünschenswert erscheinen, und ob etwa andere Organe als die im Entwurfe vorgesehenen mit der Zulassung von Ausnahmen zu beauftragen sein werden. Der Herr Reichskanzler wünscht ferner, daß ihm sämtliche zur Verfügung der §§ 155b und c ergangenen, zur Zeit in Geltung stehenden Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Form einer tabellarischen Uebersicht übermittelt werden. Wir ersuchen, uns eine solche Uebersicht der im vorigen Bezirke geltenden Bestimmungen in zwei Ausfertigungen einzureichen. Soweit diese Bestimmungen in dem engen Rahmen der Tabelle nicht Aufnahme finden können, sind sie in besonderen, gleichfalls doppelt anzufertigenden Anlagen zu dieser Tabelle übersichtlich zusammenzustellen.

Unfallversicherung im Handelsgewerbe. Das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 enthält im § 1 Abs. 1 folgende Bestimmung: „Alle Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere soweit ihr Jahreseinkommen an Lohn oder Gehalt 3000 Mt. nicht übersteigt, werden nach Maßgabe dieses Gesetzes gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind: 7. in Lagerungs-, Holzfallungs- oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienenden Betrieben, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen sind, verbunden sind.“

Fürzu beschloß am 4. Dezember 1906 der Ausschuß des Deutschen Handelstages (14. Jahrg. S. 144),

daß diejenigen Handelsgeschäfte, die wegen ihrer Verbindung mit Lagerungs- oder Beförderungsberufen bereits in die Unfallversicherung einbezogen sind, für den gesamten Umfang ihres Geschäftes versicherungspflichtig sein sollen.

Auf Veranlassung späterer Anregungen beschäftigten sich am 28. Oktober die vereinigten Kommissionen des Deutschen Handelstags betr. Sozialpolitik und betr. Kleinhandel mit diesem Beschluß, und sprachen sich dahin aus, der Ausschuß möge ihn in folgenden Richtungen teils einschränken, teils ausdehnen: 1. Der Beschluß soll sich nur auf Handelsgeschäfte mit offenen Verkaufsstellen beziehen. 2. Der Eintragung im Handelsregister soll im Fall des § 1 Abs. 1 Nr. 7 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes die Eintragung im Genossenschaftsregister gleichstehen. Ferner sprachen sich die Kommissionen mit 20 gegen 15 Stimmen dagegen aus, daß für den Kleinhandel die Errichtung einer besonderen Berufsgenossenschaft beantragt werde.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Handelskammer in Hanau machte in einem Rundschreiben vom 13. Dezember 1905 auf die Mißstände aufmerksam, die daraus entstanden, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in den verschiedenen Orten nicht miteinander übereinstimmen; es sei daher eine einheitliche reichsrechtliche Regelung in Erwägung zu ziehen. Nachdem hierüber bereits am 17. September 1906 von der Kommission des Deutschen Handelstags betr. Kleinhandel und am 3. Dezember 1906 vom Ausschuß des Deutschen Handelstags verhandelt war, stand die Angelegenheit von neuem am 29. Oktober in der Sitzung der vereinigten Kommissionen des Deutschen Handelstags betr. Sozialpolitik und betr. Kleinhandel zur Erörterung. Der Vertreter der Handelskammer zu Hanau zog deren Anregung zurück, und die Kommissionen sprachen sich dafür aus, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

O rühret, rühret nicht daran! Es könnte sonst mal eine vernünftige Sonntagsruhe zustande kommen und das darf im Interesse der Ausbeuter nicht sein.

Handelsinspektionen. Auf Veranlassung der Eingabe der Handelskammer zu Hanau sprachen sich die vereinigten Kommissionen des Deutschen Handelstags betr. Sozialpolitik und betr. Kleinhandel am 29. Oktober dafür aus, daß der preussische Minister für Handel und Gewerbe um Abschaffung des Antrages des Kaufmannsgerichts zu Frankfurt a. M. auf Hinterziehung des Handels unter die Gewerbeaufsichtsbeamten gebeten und auch an die Regierungen eine entsprechende Eingabe gerichtet werde.

Die Herrschaften haben ein zu schlechtes sozialpolitisches Gewissen, als daß sie nicht die Handelsinspektion wie der Teufel das heilige Wasser fürchten. Es ist eben zu vieles faul in den Handelsbetrieben unserer „humanen“ Chefs.

Arbeiterfeinde. Das Direktorium des „Centralverbandes deutscher Industrieeller“ hat sich in bezug auf die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe so geäußert:

„Das Direktorium hat nach eingehender Prüfung, zumal da die kontraktlichen Erhebungen ergeben haben, daß zwar in einzelnen Fällen Mißbräuche vorgekommen, für die große Mehrzahl aber durchaus angemessene Zustände festgestellt sind, sich gegen die gesetzliche Festlegung dieser Vorschriften des Beirates, für Arbeiterstatistik ausgesprochen.“

Von diesen Herrschaften eine vernünftige Stellungnahme erwarten, hieße sie gelächelt zu hoch einschätzen.

Frankfurt a. M. Einen drolligen Strafzettel hat ein Ausläufer namens Klüffel dieser Tage erhalten. Er wird „begehrt“, am 11. Dezember, nachmittags gegen 2 Uhr, mit einem Fahrrad gefahren zu sein, welches nicht mit brennender Laterne versehen war. Als Ueberrückungsparagraph wird irrtümlicherweise der § 7 der Verordnung vom 11. September 1900 angezogen. Dieser Paragraph befaßt aber nicht, daß man um 2 Uhr mittags eine brennende Laterne am Rade haben muß. Der betreffende Herr hat sich wohl geirrt; er wollte wahrscheinlich die bekannte „Laterneverordnung“ von 1848 anziehen, die der alte Stolze in der „Latern“ verordnet hat.

Leipzig. Wo h i w o l l e n d e A r b e i t e r sind die Direktoren der Wagh- und Schleifgesellschaft. Ein Wächter, der an Krampfadern leidet und infolgedessen seinen Dienst nicht mehr verrichten kann, ließ sich ein ärztliches Attest darbringen und suchte um Entlassung nach. Die Direktion erkannte das ärztliche Gutachten nicht an; sie wußte es besser und beschuldigte den Mann der Unwahrscheinlichkeit. Sie weigerte sich auch, ihm die Ration von 50 Mt. herauszugeben, ja sie hatte sogar die — Ungeniertheit, den Wächter zu veranlassen, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach dieser an die Direktion keine Ansprüche mehr habe. Leider ließ sich der Wächter dazu herbei, diese Erklärung zu unterschreiben, und damit den nobleren Herren 50 (sage und schreibe fünfzig) Mark zu scheffeln. Indessen kam dem Wächter nachträglich doch der Gedanke, daß seine eigene Noblesse straflich statt mit der der menschenfreundlichen Direktoren kontrastierte; so verfluchte er denn durch das Gewerbegericht wieder zu seinem Gelde zu kommen. Das Gewerbegericht hat jedoch die Sache nicht angenommen. Es bleibt also dem Betroffenen nur die Zivilklage. Das ordentliche Gericht wird die Herren der Direktion der Wagh- und Schleifgesellschaft dahin zu belehren haben, daß nach § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ungerechtfertigte Bereicherungen nicht erlaubt sind.

Transportarbeiter.

Frankfurt a. M. Leure Hund ab! Die Kollegen Lebermann wurde im Jahre 1906, einige Wochen vor Weihnachten von einem Hunde gebissen. In seiner Eigenschaft als Fahrbursche im Sauerkraut-

und Gurlengeschäft vom Kölsch Nachf. hatte er eines Tages in der Villa des Herrn Sommerhof zu tun. Als er in den Park eintrat, sprang ihm ein dem S. gehöriger Hund entgegen und biß ihn in die rechte Wade. Sommerhof wollte nun durch seinen Diener dem Kollegen L. als Entschädigung für die zerrissene Hose 5 Mt. auszuhändigen lassen, was L. ablehnte. Es stellten sich durch die Wunde alsbald Schmerzen ein und obwohl L. sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nahm, mußte er doch einige Tage später das Krankenhaus aufsuchen, wo er 7 Wochen an Blutvergiftung zubrachte. Als er dort entlassen wurde nahmen wir uns der Sache an und versuchten zunächst durch Rücksprache mit Herrn S. eine angemessene Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, Schmerzensgeld etc. für den Kollegen L. herauszubekommen. Nach vorheriger telephonischer Anmeldung wurden wir von Herrn S. empfangen. Ein Diener führte uns die breiten, mit dicken Teppichen belegten Marmortreppen zum Empfangszimmer des Herrn Sommerhof, der nebenbei bemerkt als vielfacher Millionär für einen der reichsten Leute Frankfurts angesehen wird. Ursprünglich waren wir etwas besorgt in den überaus reich ausgestatteten Räumen. Eine solche Pracht hatten wir in unserem Erbendasein bisher nicht gesehen. Aber bald wurde es lebhaft. Als wir hören mußten, daß ein Arbeiter in den Augen dieses reichen Mannes recht wenig Wert hat und die Frau Gemahlin sich erlaube zu sagen, daß es im Hause öfter vorkomme und schon wiederholt jemand von den Hunden gebissen wurde, dürften wir mit unserer Meinung auch nicht zurückhalten. Mit welcher Geringschätzung man auf jener Seite von Leuten ohne Befehl redet, war aus folgenden Worten zu entnehmen: „Wenn mal solche Zeitungsfrau, so ein Briefträger oder so ein Wäckerbursche von einem Hund gebissen wurde, dann haben wir den Leuten 3 oder 5 Mt. für die zerrissenen Kleider und diese waren damit zufrieden.“ Nachdem die Verhandlung längere Zeit gedauert und die Auseinandersetzungen oft ziemlich heftig waren, glaubte der Herr Millionär mit einem Hundertmarkschein die Sache aus der Welt schaffen zu können. Wir hatten jedoch ein ärztliches Gutachten in Händen, auf Grund dessen bewerkten wir die Gesundheit eines Arbeiters doch etwas höher und lehnten es ab, diese 100 Mt. für den Kollegen L. mitzunehmen, der dadurch mit seiner Familie in keiner Weise entschädigt sein konnte. Mit besonderen Gefühlen über den Unterschied zwischen Arm und Reich verließen wir in Begleitung des Dieners wieder den Palast. Wir übertrugen diese Angelegenheit unseren Rechtsanwältinnen Dr. L. und M. Der Prozeß zog sich sehr lange hin. Nachdem in der ersten Instanz unser Prozeßgegner zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt wurde, legte man auf jener Seite Berufung ein. Ueber ein Jahr ist nun verfloßen und vor einigen Wochen kam die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung. S. wurde verurteilt, dem Kollegen L. eine Entschädigung von 450 Mt. zu zahlen, außerdem muß jene Seite sämtliche Prozeßkosten, die sich auf ca. 1800 Mt. belaufen, tragen. Ein ähnlicher Fall jedoch von weniger weittragender Bedeutung trat vor einigen Wochen zu. Der Kollege W. hatte auf dem Hofe der Deutsch-Nachrichten-Nachtaggesellschaft zu tun, wo er ebenfalls von einem Hunde gebissen wurde. In diesem Falle zeigten sich ernste Folgen nicht, trotzdem bekam unser Kollege, nachdem wir mit der Firma verhandelt, 74 Mt. für die zerrissene Hose, Zeitverräumnis etc. bezahlt. Aus diesen beiden Fällen können die Kollegen ersehen, wie die Organisation stets für die Interessen ihrer Mitglieder eintritt. Sätten wir nicht energisch und mit Ausdauer die Sache der beiden Kollegen in die Hand genommen, sie wären sicher mit bedeutend weniger abgeseift worden.

Leipzig. Menschenunwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren die Ursache des Streiks unserer Berufskollegen bei der hiesigen Deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft.

Weil sie während dieses Kampfes Streikbrecher belästigt und beleidigt haben sollen, standen am 8. Januar sieben frühere Geschäftsführer obiger Gesellschaft vor dem Schöffengericht in Leipzig. Zu dieser Verhandlung waren 10 Zeugen geladen. Die Streikbrecher Leister, Büttner und Gellkraut (oder Gellkraut?), welcher die Frau des Streikbrechers Kleinmann, 8 Schulleute, der Schmied John, der Klempner Claus und der Lagerarbeiter Paul, die letzten 8 als Entlastungszeugen. Der Streikbrecher Leister gibt an, am Morgen des 8. November vor dem Grundstück der D. A. N. G. von 6 oder 7 streikenden Geschäftsführern festgehalten und geschlagen worden zu sein. L. kam aber nicht beschwören, ob alle Angeklagten dabei gewesen sind, denn es sei am fraglichen Morgen sehr finster gewesen. Nur zwei wollte L. bestimmt wiedererkennen, und zwar die Kollegen Kubente und Winkler. Der Nichttraucher Büttner als Zeuge vernommen gibt an, am Sonntag, den 10. November, von Kubente beleidigt worden zu sein, muß aber vor dem Eid noch zugeben, Kubente auch beleidigt zu haben. Ebenso legte auch Gellkraut dem Kubente eine Beleidigung zur Last. Die Frau des Streikbrechers Kleinmann erzählte vor Gericht, daß ein streikender Kutscher in ihre Wohnung gekommen sei und zu ihr geduckert habe: „Sagen Sie es Ihrem Mann im Guten, wenn er Morgen den Streikbrecher wieder macht, schlagen wir ihn halbtot.“ Die K. erkannte in dem Kollegen Pratorius den Sünder, dieser wußte, trotzdem er diese Äußerung bestreitet, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Zeugen Paul und Claus brachten dem Gericht den Beweis, daß der Kronzeuge Leister auch einen von ihnen als Mithäter bezeichnet habe und daß der Schullemann, der die Sache untersuchte, zu L. gesagt habe, er solle nicht immer falsche Leute angeben, sondern solle nun bald einmal die richtigen bringen.

Trotzdem daß sämtliche Angeklagte ihre Unschuld beteuerten, wurden der Kollege Kubente, der wegen dieser Vorfälle schon sieben Wochen in Untersuchung gefesselt hat, zu drei, und der Kollege Winkler zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Diese Sache dürfte für den Leister, der hierbei

nicht das erste Mal als Zeuge gegen streikende Arbeiter aufgetreten ist, noch ein Nachspiel haben, denn mehrere Kollegen behaupten, daß gerade die an der Sache Unbeteiligten die Strafe erhalten haben.

Unternehmerkummer in Meerane. Der böse Winter hat es unseren Unternehmern angetan. Dem roten Verbande ein auszuweichen, ist der heftigste Wunsch eines Teiles von ihnen. Im Sommer getrauten sie sich es nicht, der Winter schien ihnen günstiger. Nun hat letzterer seinen Einzug gehalten; ausgeblieben aber ist das Schwem, es will eben nicht klappen. Die Firma Wehler machte den Anfang mit Lohnabzügen. Vom Unternehmerverband war die Firma vorgehoben, weil es dort am leichtesten schien. Man hatte aber ohne den Verband gerechnet; aus den Abzügen wurde bis auf zwei Fälle nichts. Auch diese beiden konnten sie nur durchsetzen, weil sich die Beteiligten einverstanden erklärt hatten. Wir wollen hier nicht unerwähnt lassen, daß es uns ein wenig kollegiales Verhalten erscheint, wenn einzelne Kollegen ohne unser Wissen sich über fauer errungene Verbesserungen hinwegsetzen. Verbesserungen sind schneller kaputt gemacht, als wie sie geschaffen sind. Sie mögen nun aber darüber nachdenken, weshalb sie drei Mark pro Woche billiger arbeiten müssen wie alle anderen Kollegen; der Hauptgrund liegt in der Mautfaulheit. Durch unser Eingreifen wurde verhindert, daß der geplante Abzug für alle Kollegen eintraten konnte. Damit war der erste Feldzug der Unternehmervereinigung gegen uns ins Wasser gefallen.

Das zweite Treffen lieferte die Firma Strauß. Ihr paßte die Bezahlung der Ueberstunden nicht. Die Firma ist außerdem bekannt durch die unflätigen Schimpfereien, mit denen die Kutscher regaliert werden. Auf Vorhalt zur Zahlung der geleisteten Ueberstunden wurde der Betreffende ausgelacht. In diesem Falle half uns das Gewerbegericht über alles weitere hinweg, indem es die Firma einfach verurteilte, den Betrag auszusahlen. Damit war auch die zweite Aktion gegen uns in sich zusammengefallen. — Als dritter im Bunde erschien die Firma Batty auf dem Platze. Ihr war angeblich von unbeteiligten Seite mitgeteilt worden, daß ein Kutscher die Pferde übermäßig geschlagen habe. Um die Tatsachen drückte man sich, eine Untersuchung gab es nicht; der Kollege wurde ohne Einhaltung der Kündigung entlassen. Die Zeiten sind aber in Meerane vorüber, wo Batty mit den Kollegen machen konnte, was er wollte; heute stecken sie nicht mehr alles ruhig ein; sie stehen auf dem Standpunkte, es geht ohne Batty auch. Der Kollege klagte auf vierzehn Tage Lohn, das Gewerbegericht sprach sie ihm auch zu. Also ist's mit dem kündigunglosen Entlassen auch nichts. Nunmehr werden die Herren wohl Ruhe halten.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Brandenburg. Generalversammlung vom 29. Dezember 1907. Der Kollege Gebert schlägt der Versammlung vor, zur Verwaltung des Verbandes einen Vorstand von 9 Personen einzusetzen, damit die Arbeiten, welche immer mehr werden, nicht von ein paar Personen erledigt werden brauchen, welche überbürdet sind.

Es wird nunmehr die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Als 1. Bevollmächtigter wird der Kollege Böttcher, als 2. Bev. der Kollege Fleschner gewählt, als Kassierer die Kollegen Wähle und Behndt, als Schriftführer wird Kollege Ulrich wieder und der Kollege Müller neu gewählt. Revisoren sind die Kollegen Hockel, Feuerherd und Dreesehl, Beisitzer die Kollegen Meckenburg, Volkwein und Cortz. Als Parteidelegierte werden die Kollegen Fleschner und Volkwein gewählt.

Dann schilderte der Gauleiter den Werdegang der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation. Reicher Weisfall lohnte den Redner. Der Kollege forderte die Versammelten noch auf, kräftig für den Verband zu agitieren, jeder soll wenigstens noch ein Mitglied zubringen. Alsdann wurde die Versammlung geschlossen.

Coburg. Am Sonntag, den 5. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Wie aus dem Kassenericht zu ersehen war, konnte eine beträchtliche Summe an die Hauptkasse abgefordert werden. An Mitgliederzahl haben wir im Laufe des 4. Quartals 18 zugenommen, gegen 9 im vorhergehenden. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Da der seitherige Bevollmächtigte die Wahl ablehnte, wurde Kollege Johann Müller vorgeschlagen und mit großer Majorität gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Max Geißhardt wieder und als Schriftführer Kollege Gerhard Stegner neugewählt. Hieraus wurden noch die Kollegen Geißhardt, Büttner und Herloff per Affirmation als Revisoren gewählt. Sämtliche gewählte Kollegen nahmen die Wahl an. Nachdem noch einige Parteidelegierten gewählt wurden, schilderte Kollege Geißhardt die Notlage des Kollegen S., der von seinem Arbeitgeber, dem Spekteur Volk, unter nichtigem Vorwand auf das Straßenpflaster geworfen wurde. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, ihm eine Unterstützung von 5 Mt. aus der Lokalkasse zu gewähren.

Auch aus diesem Vorkommnis können die Kollegen wieder sehen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Deshalb agitiert fleißig, werbet neue Kampfer für den Verband. Aber auch die Versammlungen müssen besser besucht werden, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wenn ein jeder der Kollegen seine Pflicht und Schuldigkeit tut, dann wird es uns auch in Coburg endlich einmal gelingen, Zustände zu schaffen, die als menschenwürdige zu betrachten sind. Deshalb, Kollegen, auf an die Arbeit!

Darmstadt. Am Sonntag, den 5. Januar d. J., fand unsere Generalversammlung statt. Der Kollege Pfeiff schilderte, nachdem er mit künftigen Worten die Kollegen zum ersten Male im Gewerkschaftshaus, unserem neu gegründeten Heim, begrüßte, den Vorgang im verflochtenen Jahre, dem glücklicherweise, wie es fast nicht zu erwarten war, ein Saal voll Mitglieder lauschte. Kollege Pfeiff verstand es in vorzüglicher Weise, den Kollegen die Situation des neuen Unternehmens klar zu machen und vergaß es nicht, die ebenfalls neugegründete Presse, die doch eine der besten Waffen im Kampfe ist, bedeutungsvoll hervorzuheben bezw. die Kollegen aufzufordern, Abonnent unserer eigenen Zeitung zu werden und die bürgerlichen Wähler aus ihrem Hause verschwinden zu lassen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und bleibt nach der Theorie die Praxis zu erwarten.

Das Protokoll der vorigen Generalversammlung, das vom Kolll. Fröba verlesen wurde, konnte angenommen werden.

Des Weiteren nahm Kolll. Vogt das Wort und gab in kurzen Worten bezw. mit statistischen Zahlen den Entwicklungsgang der Ortsverwaltung bekannt. Damit auch die nicht anwesenden Kollegen hiervon Kenntnis erlangen, wollen wir an dieser Stelle das Wichtigste wiedergeben:

Mitgliederbestand am 1. 1. 07	56 Mitglieder
Neu aufgenommen und aus anderen Verbänden übergetreten	162 "
218 Mitglieder	
Sierbon sind in andere Verbände übergetreten und zum Mitgliede eingezogen	10 "
Nach anderen Verwaltungsstellen abgereist	11 "
Gestrichen wegen rückständiger Beitragsleistung und unterlassener Anmeldung	69 "
90 Mitglieder	
Bestand inkl. Neuaufnahmen	218 Mitglieder
Sierbon Abgang	90 "
bleibt ein Mitgliederbestand am	
31. 12. 07	128 Mitglieder

Das Berichtsjahr war für die Verwaltungsmitglieder arbeitsreicher wie in den Vorjahren, was wohl auf Konto des Möbeltransportarbeiterstreiks zu schieben ist.

Es fanden 28 Versammlungen und Vorstandssitzungen statt gegen 62 im Vorjahre. Der Versammlungsbefuch war nur während der Lohnbewegung als ein guter zu bezeichnen, im übrigen waren fast alle Versammlungen schlechter besucht als im Vorjahre und ist ein großer Teil Schuld davon auf die Brutalität einzelner Mitglieder zu schieben. Daß im Interesse der allgemeinen Entwicklung mit diesen Vorkommnissen aufgehört werden muß, bleibt dringend zu erwarten.

An Unterstützungen wurden folgende Summen ausbezahlt:

Krankenunterstützung	146,— Mfl.
Arbeitslosenunterstützung	20,— "
Sterbunterstützung	10,— "
Unterstützung in besonderen Nothfällen	25,— "
Nechtsjahrg	14,50 "
Gemäßregelunterstützung	28,— "
Streikunterstützung	1416,94 "
Vererdigungsbeihilfe	3,60 "
Reiseunterstützung	26,— "
Summa	1690,04 Mfl.

Von diesem Betrag übernahm die Hauptkasse 1645,94 Mfl. und die Lokalkasse 44,10 Mfl.

Unter Gemäßregelunterstützung ist hinzuzufügen, daß mehr solche Fälle angemeldet wurden, mußten aber mangels ihrer Richtigkeit zurückgewiesen werden. Der § 9 unseres Statuts scheint infolge seiner hohen Unterstützung und der kurzen Mitgliedsdauer manchem Kollegen sehr angenehm zu sein.

Die Jahresrechnungen betragen	4790,18 Mfl.
Die Ausgaben	2954,98 "
An die Hauptkasse wurde gesandt	1440,55 "
bleibt ein Kassenbestand von	394,65 Mfl.

gegenüber 171,99 Mfl. am 31. 12. 06.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung waren, wie es nicht anders zu erwarten war, sämtliche Funktionäre amtsmüde, was ihnen allen nach kurzer Debatte aus dem Kopfe geschlagen wurde. Es wurden als Vorsitzender Kolll. Pfeiff, als Kassierer Kolll. Vogt und als Schriftführer Kollege Fröba, der sich wegen seiner bevorstehenden Winterwochenzeit besonders zurückziehen wollte, einstimmig wiedergewählt.

Außerdem wurden als 2. Vors. Kolll. Lambacher, als 2. Kassierer Kolll. Dörner, als Revisoren Kollegen Schmidt und Lang und als Kartelldelegierte Kollegen Pfeiff und Vogt gewählt.

Die Punkte 3 und 4 wurden wegen der vorgeschrittenen Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt und schloß Kollege Pfeiff hiermit die ruhig verlaufene Versammlung.

Kollegen! Ihr habt somit gesehen, daß auch wir in Darmstadt in der Lage sind, einen kräftigen Schritt nach vorwärts zu tun, forge deshalb Mann für Mann dafür, daß wir bis zum nächsten Jahre unsere Mitgliederzahl wieder verdoppeln. Unser Wahlpruch muß sein:

Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Frankfurt a. O. Am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht, gegeben vom Gaukasser. Nachdem der Kollege Aue die Abrechnung verlesen hatte, wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Beim Punkt 2, Jahresbericht, ging der Referent auf den Werdegang unserer Organisation ein und streifte

dabei, wie schon verschiedene Betriebe ihren Arbeitern hätten Lohnerhöhungen zubilligen müssen, ohne daß die Kollegen es bisher für nötig erachtet hätten, sich der Organisation anzuschließen; dies müsse anders werden und sollen wir in Zukunft nur für die Kollegen eintreten, welche organisiert sind. Auch streifte Redner die hiesigen Straßenbahnerverhältnisse, welche noch sehr rückständig sind, trotzdem auch diese schon den Segen einer Organisation kennen gelernt haben. Durch das gute Zureden des Herrn Direktors haben dieselben dem Verband wieder den Rücken gekehrt trotz der Zusage, die ihnen dieser verhasst, was zur Folge hatte, daß die monatlichen Prozente, sowie verschärfte Strafen wieder in Abzug gebracht wurden, so daß sie jetzt wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind, es bitter bereuen, der Organisation damals Abgesagt zu haben. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, sowie zu dessen Unterstützung je ein 2. Bevollmächtigter, Kassierer und Schriftführer, sowie 3. Weisiger neugewählt. Unter Verschiedenes wurde die Bewegung der Möbeltransporteure erörtert und der Verwaltung zur weiteren Beobachtung empfohlen. Ein Antrag auf Erhöhung des Wochenbeitrags um 5 Pf. und Wegfall der Streikmarke wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dafür aber der Antrag des Kollegen Gärtner, die Verwaltung zu ermächtigen, jedem Kollegen, dessen Buch nicht in Ordnung, die Unterstützung vorzuenthalten, einstimmig angenommen. Mit den Wünschen, daß jedes Mitglied im neuen Jahre sein bestes für die Organisation tun möge, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Freitag, den 6. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab folgendes:

Einnahme.	
Bestand vom 3. Quartal 1907	63 89 Mfl.
Mitgliedsbeiträge à 30 Mfl. 253 Stück	75 90 "
Aufnahme à 1 Mfl. 7 Stück	7,— "
Streitfonds à 30 Pf. 22 Stück	6,60 "
Gesamt	153,39 Mfl.
Ausgabe.	
Reiseunterstützung (ein Fall)	0,50 Mfl.
Persönliches	5,35 "
Annoncen, Referate	11,90 "
Kartellbeitrag für 17 Mitglieder	4,25 "
Porto	1,— "
An die Hauptkasse	65,90 "
Kassenbestand	64,49 "
Gesamt	153,39 Mfl.

Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die Neuwahl des Vorstandes erlitt folgendes Resultat: Otto Beschmann 1. Bevollmächtigter, Osw. Gardt 1. Kassierer, Max Korschau 1. Schriftführer.

Wenn auch in diesem Jahre ein Aufschwung zu verzeichnen ist, so steht doch einmal fest, daß die organisierten Kollegen nur einen ganz kleinen Bruchteil aller unserer Berufs Kollegen am Orte ausmachen. Dieses Verhältnis kann und darf auf keinen Fall so weiter fortbestehen und ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, erstens für die Ausbreitung des Organisationsgedankens Sorge zu tragen, zweitens müssen wir als wie bis dato die Versammlungen besucht werden, damit die Kollegen sich mehr und mehr auflären. Um nun den Besuch der Versammlungen zu heben, wird dem Einzelnen zur Pflicht gemacht, unbedingt zu erscheinen. — Es wird dann noch zum Schluß beschlossen, ein Vermittlung zu veranlassen und wird hierfür eine Kommission gewählt. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Stettin. Mitgliederversammlung vom 29. Dezember 1907. Zuerst schilderte der Bevollmächtigte in kurzen Zügen den Stand des Gewerkschaftshausbaues und brachte die nötige Aufklärung über die Grundstücke an der Biberstraße, der Patentstraße etc. In der darauf folgenden Diskussion betonte der Kollege Thormann die Nothwendigkeit, daß sich die Arbeiterschaft ein eigenes Heim anleide und hat die Kollegen, sich recht rege an den Kauf von Anteilsscheinen zu beteiligen. Ein Antrag, daß die Hilfskassierer Anteilsscheine bei sich haben sollen, um sie bei den Mitteilungen unzutreffen, wurde angenommen. Die Versammlung war mit dem Anrage der Ortsverwaltung einverstanden, daß einige Kollegen Unterricht in Deutsch und in Vereinskunst nehmen sollen. Als Kartelldelegierte wurden Knubbe und Thormann, als Stellvertreter Günther gewählt. — Angeregt wurde noch, daß das Sommerfest stattfinden soll und wurde beschlossen, dies Juni oder Juli zu veranstalten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Verschiedenes.

Die Urgeschichte des Pferdes ist allmählich gemeinam von den Geologen und Zoologen ziemlich aufgeschlüsselt worden, so daß die Ahnen dieses Haustieres weit zurück verfolgt werden können. Nach einer Schilderung von Professor Ewart, einem der besten Kenner der Entwicklungs geschichte unserer Haustiere, gab es gegen das Ende der großen Eiszeit wahrscheinlich bereits drei Pferdearten, die sich in die Steppe, den Wald und das Hochland als ihre Wohnorte teilten. Ein Nachkomme des Ursteppenpferdes ist ohne Zweifel das in Innerasien lebende Wildpferd, das nach dem berühmten russischen Forscher Valerius benannt ist. Auch die Schädel englischer Vollblutpferde besitzen eine auffallende Ähnlichkeit mit denen der Steppepferde, die vor ungezählten Jahrtausenden in der alten Welt lebten. Von dem Urpferd der Hochländer sind namentlich in Libyen zahlreiche Reste gefunden worden, während das Waldpferd eine ziemlich große Verbreitung in Europa ge-

habt zu haben scheint. Uebrigens besitzt der Knochenbau des englischen Vollblutpferdes in der Wirbelsäule wieder größere Ähnlichkeit mit dem Hochlandspferd der Vorzeit, so daß nach dem Urteil von Ewart noch immer keine Aussicht besteht, die Abstammung des englischen Vollbluts mit Sicherheit anzuklären. Derselbe Forscher hat außerdem vor der Royal Society in Edinburgh neue Untersuchungen über den Ursprung der Farbe des Pferdes vorgetragen. Er ist zu dem Ergebnis gelangt, daß der älteste Urahn des Pferdegeschlechts wahrscheinlich eine rötlichbraune oder fuchsrote Farbe besessen hat. Andererseits spricht vieles dafür, daß sich unter den einzelnen Pferdearten schon vor ihrer Färbung durch den Menschen eine erhebliche Mannigfaltigkeit in der Färbung ausgebildet hatte, und zwar dürfte das Waldpferd eine dunkelgelbbraune Farbe des Fells nebst einem breiten Streifen auf dem Rücken und mehr oder weniger deutlichen Streifen am Kopf, Hals, Kumpf und Weinen besessen haben. Das Steppenpferd, das noch heute durch den Equus Przewalski vertreten wird, hatte eine braungelbe oder rötlichbraune Farbe des Fells und einen schmalen Streifen auf dem Rücken, aber höchstens eine ganz geringe Zeichnung auf Schultern und Schenkeln. Das Pferd der Hochländer besaß vermutlich eine hellere gelblichgraue Farbe und am Rücken eine ähnliche Zeichnung wie das Steppenpferd. Aus diesen Verschiedenheiten lassen sich die Farben der heutigen Rassen wenigstens in einigen Fällen mit ziemlicher Sicherheit herleiten. Es lassen sich dafür folgende Gesetze angeben: Gelblichbraune Pferde verschiedener Rassen zeugen auch eine rötlich- oder kastanienbraune Nachkommenschaft. Rötlichbraune mit gelblichbraunen Weiden gekreuzt, können sowohl ihre eigenen Farben fortpflanzen, als auch schwarze Junge erzeugen. Kastanienbraune mit gelbbraunen Pferden ergeben entweder kastanienbraune oder weiß und rotbraune Junge. Ein weißes Pferd mit einem gelbbraunen gekreuzt, liefert eine Nachkommenschaft, die grau und rot oder weiß und schwarzbraun vereinigt. Ein Rappe endlich ergibt bei einer Kreuzung mit einem gelbbraunen Pferde Junge, die entweder die Farben des Vaters oder die der Mutter bewahren.

Briefkasten.

Unser wiederholtes Ersuchen Manuskripte nur auf einer Seite zu beschreiben, ist bisher ohne Erfolg geblieben. Wir können jetzt nicht umhin, alle Berichte, die dieser Bitte nicht entsprechen, einfach in den Papierkorb wandern zu lassen. Vielleicht hilft das! Die Redaktion.

Bremen u. Hamburg. Gibt es bei Euch gar nichts mehr Neues für den „Courier“?

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen die Verwaltungen nochmals, die Einwendung der Fragearten zwecks Feststellung der Lohnverhältnisse und Branchenzugehörigkeit zu beschleunigen, damit die Bearbeitung der Statistik in Angriff genommen werden kann. Gleichzeitig ersuchen wir dringend, dafür zu sorgen, daß die Fragebogen zur Feststellung des Mitgliederbestandes am Schlusse des 4. Quartals 1907 nach Branchen geordnet, sowie die Fragebogen zur Feststellung des Eintrittsjahres recht bald in unseren Besitz gelangen.

Die Kollegen Johann Spinguel (ausgeschlossen im September 1906) und Wilhelm Weder (ausgeschlossen im November 1906) beide in Hannover, sind wieder in den Verband aufgenommen worden.

Abhandlen gekommen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Heinrich Segel (Hauptbuch-Nr. 200 700) in Hannover-Münden. Falls dieses Buch vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und dem Unterzeichneten einzufenden.

Eine neue Zählstelle wurde gegründet am 1. Dezember 1907 in Diedenhofen (Eif.); Bevollmächtigter: Nikolaus Winter, Altstraße 18; Kassierer: Ludwig Jullen, Merschhof.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

F. A.: D s t a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

W. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl K a s l e r, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern für den in Nr. 85 des „Courier“ ausgeschriebenen Posten eines Bezirksleiters für Groß-Berlin teilen wir hierdurch mit, daß diese Stelle existiert.

Der Vorstand.

Ortsverwaltung Aachen.

Die hiesige Verwaltung hat nunmehr ein Bureau eingerichtet; dieses befindet sich Tempelgraben 65 und ist an Wochentagen von 6—9 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen von 11—12 Uhr vormittags geöffnet. Dasselbst erfolgt die Auszahlung der Unterzungen und die Erledigung sämtlicher Verbandsangelegenheiten, sowie auch die Erteilung von Auskünften aller Art.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: R. Brischke, Mummelsburg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Halberstr. 37.

Die Binnenwanderungen im preussischen Staate.

Aufmerksam geworden durch die große Zahl der aus den östlichen Teilen Preussens abwandernden Personen hat sich das Königl. Preussische Statistische Landesamt...

Die Feststellung der Zu- und Abwanderung geschieht auf folgende Weise. Das Resultat der letzten Volkszählung mit den nachfolgenden Geburtsüberschüssen über die Sterbefälle ergibt am nächsten...

Folgende Tabelle zeigt uns 1. für Preußen die Einwanderung ausländischer Personen, 2. die Wanderbewegung innerhalb Preussens.

Table with 5 columns: Staat/Provinzen, Stand der Bevölkerung am 1. Dezember 1900, Rechnungsmäßigiger Bestand der Bevölkerung am 1. Dezember 1905, Volkszahl nach der Zählung am 1. Dezember 1905, and Bemerkung über die Differenz (+/-).

*) Die Differenz zwischen den Summen unter 2 und 3 ergibt den Geburtenüberschuss über die Sterbefälle.

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß Preußen 8 Abwanderungsprovinzen und 6 Zuwanderungsprovinzen hat. Mit Ausnahme der Provinz Hannover und dem Gebiet Hohenzollern liegen die Abwanderungsgebiete im Osten.

Nach Regierungsbezirken geordnet zeigt die Zu- und Zuwanderungsstatistik folgendes Bild:

Table with 5 columns: Regierungsbezirke, Stand der Bevölkerung am 1. Dezember 1900, Rechnungsmäßigiger Bestand der Bevölkerung am 1. Dezember 1905, Volkszahl nach der Zählung am 1. Dezember 1905, and Bemerkung über die Differenz (+/-).

Diese Tabelle weist wesentliche Unterschiede gegenüber der nach Provinzen geordneten auf, da sie zeigt, daß auch teilweise in den als reine Zu- oder Abwanderungsprovinzen bezeichneten Provinzen Ab- resp.

Zuwanderungen zu verzeichnen sind. So hat die Provinz Brandenburg neben dem Zugang im Regierungsbezirk Potsdam einen Abgang im Regierungsbezirk Frankfurt; umgekehrt Hannover neben dem Abgang in den Regierungsbezirken Hildesheim, Stade, Osnabrück und Aurich einen Zugang in den Regierungsbezirken Hannover und Lüneburg.

Die Wanderziffer erhält dadurch, gegenübergestellt der Provinzstatistik, eine Erhöhung von 439 237 auf 515 524 Personen. Selbstverständlich ist auch dies nicht die absolut genaue Ziffer, da ja nun auch die Bevölkerungsbewegung innerhalb der Regierungsbezirke in Betracht gezogen werden muß.

Das Statistische Amt teilt die Regierungsbezirke in Stadt- und ländliche Kreise. Selbständige Stadtkreise waren 1905 88 vorhanden gegen 76 im Jahre 1900. Den stärksten Zugang unter den Städten im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl hatten Nördorf mit 50 054 — 54,1 pCt. der Volkszahl am 1. 12. 00.

Ferner hatten Wiesbaden 10 939 — 12,7 pCt., Wofen 11 629 — 9,9 pCt., Dortmund 13 204 — 9,3 pCt., Frankfurt a. M. 26 563 — 9,2 pCt., Breslau 26 301 — 6,2 pCt., Köln 22 593 — 6,1 pCt., Berlin 70 128 — 3,7 pCt. der Einwohnerzahl im Jahre 1900 am Zugang zu verzeichnen.

Neun Stadtkreise hatten eine Mehrzuzwanderung von 10 bis 20 und mehr Prozent, während 41 Kreise eine Mehrzuzwanderung von unter 10 pCt. zu verzeichnen hatten. Gegenüber den Feststellungen von Jahre 1900 sind die Stadtkreise mit einem Wandergewinn von mehr als 10 pCt. von 29 auf 9 gesunken, dagegen die mit einem Wandererwerb von 5 pCt. von 24 auf 41 gestiegen.

Die am 1. Dezember 1900 vorhandenen Großstädte haben bei einer Bevölkerungszahl von 5 833 952 Personen in den darauf folgenden fünf Jahren eine Mehrzuzwanderung von 282 230 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der Großstädte hat sich vom 1. 12. 00 bis 1. 12. 05 von 22 auf 28 vermehrt.

Diesen Zuwanderungskreisen stehen 14 Kreise mit Mehrabwanderung in Höhe von 30 672 Personen gegenüber.

Neben den 88 Stadtkreisen waren in Preußen nach dem Stande vom 1. 12. 05 477 ländliche Kreise vorhanden. Von diesen hatten den meisten Zugang resp. ein Mehr gegenüber den Abgewanderten: Nördorf mit 34 145 — 43,7 pCt., Teltow 92 843 gleich 34,9 pCt., Niederbarnim 78 861 — 26,9 pCt., Neulinghausen 32 732 — 21,2 pCt., Solingen 10 831 — 9,6 pCt. der Volkszahl.

Tiere als Verkehrsmittel.

Nicht weniger als 2000 Dromedare sind infolge des Aufstandes in Südwestafrika von beiden Ufern des Roten Meeres nach dieser Kolonie eingeführt worden. Schon im Verlaufe des Kampfes gegen die aufständischen Schwarzen haben wiederholt kleinere auf Kamelen berittene Truppen ausgezeichnete Dienste bei Ueberwindung weiter Durststrecken und bei der Vertreibung von den verstreut liegenden wenigen Wasserstellen in der Wüste Kalahari geleistet.

Nur ein anderes Tier, wenn wir das Pferd ausnehmen, hat seit historischer Zeit so nachhaltig in die Geschichte des Menschengeschlechts eingegriffen und die Ausbreitung im Verkehr der Völker befördert, als das Kamel. Schon den alten Griechen und Römern wurden auf seinem Rücken die stets gepriesenen Produkte Indiens zugetragen, wie es überhaupt seit Jahraufenden den Handel zwischen Orient und Occident vermittelt.

Kamel ferner einen Schlauch, ein geräumiges Magazin in seinen Organismus gesetzt zum Zusammenhalten und zur Aufspeicherung und allmählichen Verwendung des wenigsten Wassers, das ihm in den Oasen nur zu Zeiten geboten wird.

Wahrscheinlich noch größere Schnelligkeit als das eigentliche Kamel entwickelt das Reittamel, das Wehbart. Während es im Schritt 6 Kilometer in der Stunde zurückzulegen vermag, erreicht es im Vagang Geschwindigkeiten von 12 bis 20 Kilometer. So haben im Mai 1892 zwei Meharis der Schaamba von Nouba in Algier einen Marsch von 360 Kilometer in 52 Stunden zurückgelegt.

Wenden wir uns von dem Kamel zu dessen kleineren Brüdern in der neuen Welt, zu den Lamas, das selbe, was jene für den Afrikaner und Asiaten. Die Lamas sind auf den riesigen Hochflächen der Cordilleren die geschäftigsten Lastenträger. In der dünnen Luft des Gebirges könnten andere Tiere es nicht aushalten.

namt Fickner, der erst vor kurzem mehrere Werke über seine Reise in dieses Land veröffentlicht hat, schätzt die Bedeutung der Patk als Lasttiere sehr hoch. Sie tragen 100 bis 120 Kilogramm mit Leichtigkeit auf den schwierigsten Pfaden, über Schneefelder und 12 000 bis 16 000 Fuß hohe Pässe und spielen eine große Rolle besonders im Karawanen-Verkehr.

Als treuer Mitarbeiter und Reisegefährte des Menschen bei seinen Wanderungen über die Gefilde des Globus hat sich auch das ant Verstand und sinniger Ueberlegung wohl höchstsehende, in körperlicher Beziehung aber auch plumpste Tier, der Elefant, erwiesen. Der Elefant, trotz seines Rüstenbaus ein schneller Läufer und vorzüglicher Gänger, hat nicht nur in der römischen Kaiserzeit den Triumphwagen des aus dem Kriege zurückkehrenden Imperators bezogen, sondern auch in den Schlachten teilgenommen, indem er einen Turm von fünf bis sechs langenbewaffneten Soldaten auf seinem Rücken trug.

Während die bisher betrachteten Tiere einem immerhin engeren Kreise angehören und nicht überall anzutreffen sind, finden wir ungefähr das Gegenteil bei dem Pferd und Gel. Das Pferd ist in allen Kulturstaaten einflussreich gewesen. Es ist als Reit- und Zugtier das am besten gelungene Meisterstück der Natur, die Krone der Einhufer, das schon Noah in der Bibel so schön besungen hat.

Insgesamt sind in diesen Kreisen 430 055 Personen mehr zu- als abgewandert.

Den Kreisen mit Mehrzuwanderung stehen 406 Kreise mit Abwanderung gegenüber und zwar:

256 Kreise mit 5 u. weniger pCt. Weggezogene
145 " " 5 bis 10 " "
5 " " 10 und mehr " "

Während im Jahreslauf von 1895-1900 aus 416 Kreisen 1 093 789 Personen mehr ab- als zugezogen sind, waren es im Jahreslauf 1900-1905 406 Kreise mit 809 138 Mehrabgewanderten; davon entfielen auf die überwiegend Landwirtschaft treibenden Kreise 555 460 Abwanderer.

Das Statistische Amt bemerkt dazu: Daraus geht hervor, daß nicht die ländlichen Kreise als solche, sondern diejenigen mit überwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung die eigentlichen Abwanderungsherde bilden, und zwar zeigt sich diese Erscheinung gleichmäßig in beiden Jahreslauf, so daß anzunehmen ist, sie hat schon früher bestanden und wird bei gleicher wirtschaftlicher Entwicklung andauern. Das erste abwanderungsbezügliche Moment ist die große natürliche Bevölkerungsvermehrung.

Es kamen nämlich auf 1000 Einwohner:

Geboren in dem Jahre:			
	1880	1890	1900
in den Großstädten . . .	40,4	35,8	33,0
" " Mittelstädten . . .	39,7	36,9	37,2
" " Kleinstädten . . .	37,7	35,7	34,2
" " Städten überhaupt . . .	38,6	36,0	34,8
auf dem platten Lande . . .	40,4	39,5	39,5
i n S t a a t e	39,5	38,1	37,5

Setzt man die eheliche Fruchtbarkeit zu Grunde und berechnet, wieviel Geburten auf 1000 verheiratete Frauen im Alter bis zu 50 Jahren entfielen, so ergibt sich, daß die Zahl dieser betrug:

	1894-1897	1899-1902
in den Städten . . .	240	227
auf dem Lande . . .	290	287

Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug:

	in den Städten		auf dem Lande	
	überhaupt	v. S. der Stadtbevölkerung	überhaupt	v. S. der Landbevölkerung
1900	170 004	1,23	320 292	1,69
1901	192 537	1,25	354 167	1,85
1902	205 997	1,31	372 896	1,92
1903	189 169	1,18	338 094	1,72
1904	202 171	1,24	360 216	1,81
1905	191 546	1,15	323 395	1,60

Wir sehen also, daß die ländliche Bevölkerung, die zum größten Teile aus der Landwirtschaft treibenden gebildet wird, bezüglich der natürlichen Erneuerungs- und Vermehrungsfähigkeit der städtischen erheblich überlegen ist.

Das zweite, die Abwanderung begünstigende Moment ist die durch das Wesen des landwirtschaftlichen Betriebes bedingte, mehr oder weniger beschränkte Beschäftigungs- und Erwerbsgelegenheit, und zwar ist dieser nicht nur selbst bei günstiger Konjunktur nach der landwirtschaftlichen wie nebensächlichen

Seite hin wenig erweiterungsfähig, sondern seine Eigenschaft als Saisonbetrieb bewirkt auch vielfach einen Mangel an dauernder Arbeitsgelegenheit. Die ländlichen Grundbesitzer haben zudem das Bestreben, den Grund und Boden ihrer Familie zu erhalten, so daß bei großem Kinderreichtum die jüngeren Geschwister die heimische Scholle regelmäßig verlassen müssen. Auch die meist zahlreichen Kinder des Landarbeiters wandern teilweise fort, um in der Ferne ihr Fortkommen zu suchen. Diese Bewegung ist eine natürliche und berechtigte und wird erst dann ungesund, wenn auf dem Lande die Arbeitskräfte zu fehlen beginnen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung vermehrt sich so schnell, daß sie ihrem gesamten Nachwuchs nicht den notwendigen Lebensunterhalt und die Möglichkeit, in eine auskömmliche Stellung einzutreten, gewähren kann. Der natürliche Bevölkerungszuwachs auf dem platten Lande beträgt zurzeit durchschnittlich jährlich rund 345 000 Köpfe, der Wanderverlust rund 200 000 Köpfe. Bei genügender Ausfüllung aller ländlichen Arbeitsplätze könnte das platte Land nur etwa 125 000 Köpfe abgeben.

Nun wurden nach der letzten Volkszählung von 1905 in der Berufsgruppe: Landwirtschaft, Weinbau, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei rund 95 000 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts mit außerordentlicher Staatsangehörigkeit ermittelt. Die Hauptmasse dieser Personen darf als Ersatz der mangelnden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gelten. Größer dürfte allerdings die Zahl der sommerlichen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter fremder Staatsangehörigkeit sein.

Soweit das Preussische Landesamt.

Daß als einer der Gründe, welche diese Personen zur Abwanderung veranlassen, die in diesen Gegenden vorliegenden ungünstigen Lohnbedingungen sein könnten, glaubt das Statistische Amt bemerken zu müssen.

Wir sind anderer Ansicht. Neben den vom Statistischen Amt angeführten, ohne weiteres als Teilursachen zu berücksichtigenden Momenten, welche die Abwanderung bedingen, sind es hauptsächlich die ungünstigen Lohnbedingungen und die dadurch bedingte schlechte Lebenshaltung, welche die Menschen zwingen, den unangenehmen Gesellen Salei zu sagen und sich eine neue Heimat zu suchen. Die Gesindeordnung, unter der der größte Teil der Landbevölkerung zu leben gezwungen ist, die wirtschaftliche sowie politische Rechtslosigkeit, die miserablen Wohnungsverhältnisse, die ungeheurer ausgedehnte Arbeitszeit und nicht zuletzt die erbärmliche Behandlung seitens der Herren Agrarier tragen ihr reichlich Teil dazu bei, daß die Arbeiter, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt, sich Gegenden zuwenden, wo sie diese mittelalterlichen Zustände nicht mehr in ganz so trauriger Form vorfinden. Der Drang nach Freiheit ist es, der sich hier kund gibt und zum bitteren Schmerze der Agrarier sich Abfluß verschafft.

Wenn auch nicht behauptet werden soll, daß diese Gegenden, denen sich die Arbeiter zuwenden, nun das Eldorado sind, welches sie vorzufinden wünschen, so ist ihnen hier doch Gelegenheit gegeben, sich zusammenzutun und gemeinschaftlich mit ihren Arbeitsbrüdern an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

Gibt dem Landarbeiter politische Rechte, schafft die Gesindeordnung ab, gewährt ihm die Ausübung des Kontraktionsrechtes, gestattet ihm, menschlich zu wohnen, läßt ihn Anteil nehmen an der Sozialgesetzgebung, und ein großer Prozentsatz der Ursachen der Landflucht wird verschwunden sein.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

(Schluß.)

Die Abwehrstreiks.

Nicht so günstig wie bei den Angriffsstreiks sind die Ergebnisse der Abwehrstreiks. Solche fanden 1014 mit zusammen 38 930 Beteiligten statt. Mit vollem Erfolg endeten 575 = 57,7 pCt. und mit teilweisem Erfolg 120 = 12,0 pCt. der Streiks. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 18 187 = 46,7 pCt. und teilweisen Erfolg 5788 = 14,9 pCt. Die kleineren Streiks wurden mit größerem Erfolge geführt als die Streiks größeren Umfangs. Der von den Unternehmern verlangte Ausritt aus der Organisation wurde in 16 Fällen mit einem Streik beantwortet. Beteiligt waren daran 392 Personen. 6 dieser Streiks mit 212 Beteiligten hatten Erfolg. Wegen Mäßregelung fanden 268 Streiks mit 11 025 Beteiligten statt. 120 Streiks mit 4664 Beteiligten hatten vollen und 30 Streiks mit 1384 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Versuchte Lohnreduzierung rief die Arbeiter in 322 Fällen auf den Kampfplan, und zwar beteiligten sich an diesen Streiks 10 571 Personen. In 213 Fällen, bei denen 5920 Personen in Betracht kamen, wurden die Lohnreduzierungen vollständig zurückgewiesen, während dies in 31 Fällen mit 1385 Beteiligten nur teilweise gelang. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde mit 41 Streiks, an denen 3556 Personen teilnahmen, pariert. Die 24 bedeutendsten dieser Streiks mit zusammen 601 Beteiligten hatten vollen Erfolg, und 4 Streiks mit 50 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Bei 13 Streiks mit zusammen 2905 Beteiligten blieben die Unternehmer Sieger und vermochten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Die Nichtteilnahme der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 136 Streiks, von denen 82 mit vollem und 24 mit teilweisem Erfolg endeten. Von den an diesen Streiks beteiligten 5539 Personen hatten 2718 vollen und 1875 teilweisen Erfolg. Die Einführung einer Fabrikordnung gab 29 mal Veranlassung zum Streik. Vollen Erfolg hatten davon 19 und teilweisen Erfolg 4 Streiks. Von den 1576 beteiligten Personen hatten 1070 vollen und 105 teilweisen Erfolg. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter fanden 33 Streiks statt, an denen insgesamt 802 Personen beteiligt waren. 22 Streiks mit 495 Beteiligten waren erfolgreich, und 6 Streiks mit 182 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen wurde 169 mal gestreikt. Erfolgreich endeten 89 und teilweise erfolgreich 20 dieser Streiks. Von den insgesamt 5469 Beteiligten hatten 2507 vollen und 798 teilweisen Erfolg.

In den germanischen Städten des Mittelalters waren die Pferdebesitzer, die Reiter oder Ritter, vor den übrigen ausgezeichnet, und die höheren Stände aller europäischen Völker haben sich derart mit dem Pferde verbunden, daß man sich Adel und Kavaliere kaum ohne Pferde denken kann. Auch in anderen Ländern, z. B. seit wackeren Zeiten in Japan, waren die Pferde die Stützen und Attribute des Adels, und ihre Verwendung war dort sogar anderen Ständen verboten. Man kann also vom Pferde sagen, daß es überall die Kultur gefördert und zur Blüte gebracht hat. Aber das Pferd hat noch mehr für die Kultur getan, es hat den Menschen von Zentralasien aus, wo seine Heimat gewesen zu sein scheint, in die meisten Gegenden der Welt hinausgetragen und geschleppt. Auf seinen eigenen Füßen als Infanterist hätte er viele Striche niemals erreicht. Kavallerie- und Truppenpferde, sagt J. G. Kohl in einer Studie über die geschichtliche Rolle der Tiere, hat kein weit hinausmaximierender Eroberer entbehren können. Ohne Pferd wäre kein den Orient zivilisierender Alexander-Zug ausführbar gewesen. Manche mitten unter uns Europäern angesiedelte Nomadenstämme, z. B. die Magyaren, halten noch jetzt das Pferd, auf dem sie in unseren Weltteil hineintritten, und dem sie ihre jetzigen Wohnsitze verdanken, besonders hoch. Die kolossalen, über unermessliche Länderstrecken ausgebreiteten Monarchien des Schingis-Chan und Tamerlan hätten ohne Beihilfe des Pferdes weder aufgebaut noch auch zusammengehalten werden können. Und auch noch heute läßt sich etwas Ähnliches von dem großen Reiche der Jaren behaupten, das größtenteils mit Hilfe des kleinen aber energischen Kasakenpferdes zusammenkam und in dem ein Teil des Postdienstes, die Truppenmärsche, die Befehle des Kaisers nur durch die unverwundlichen Pferde des Landes so schnell gefördert werden konnten, daß die ganze Maschinerie nicht ins Stocken geriet. Mit einigen wenigen dieser wunderbaren Tiere setzten Vizarro und Cortes die Völker Amerikas in Schrecken und eroberten sozusagen mit ein paar vertieften Schwadronen ganze weitläufige Reiche. Es gibt kein zweites Tier, mit dessen Hilfe so große Dinge verrichtet worden wären, kein zweites, durch das der Mensch seine Kraft in so hohem Grade erweitert und ergänzt und seine an sich mäßige Bewegungsfähigkeit so beflügelt hätte.

Zwar ist bei uns der Esel, der nächste Bruder des Pferdes, ein verachtetes Geschöpf, das auch in der Geschichte für das Menschengeschlecht wenig Be-

deutung gehabt hat. Aber als ein sehr geduldsames, leicht und billig zu unterhaltenes Reit- und Lasttier spielt es im Orient und in verschiedenen Teilen Afrikas eine große Rolle. In manchen Ländern hat das Maultier, dieser Bastard des Pferdes und des Esels, den Esel ganz verdrängt. Es verbindet in so hohem Grade die guten Eigenschaften seiner beiden Eltern, die Kraft, die Größe und den Mut des Pferdes mit der Zähigkeit, Ausdauer und Gemütsantheit des Esels, daß es für die Gegenden, wo man es vorzugsweise aufzog, z. B. für Spanien, namentlich auch für Brasilien und für das ganze spanische Südamerika, von der höchsten Bedeutung geworden ist. Das Maultier ist für den Verkehr und Warentransport, für die Verbreitung der Kultur, für Kolonisation, für den Handel und für die ganze Existenz der Menschen in jenen Gegenden von unerschätzbarem Werte. Seine Stärke, seine Zuverlässigkeit, Vorlicht, Besonnenheit sind Eigenschaften, die ihm für diese Bestimmung mancherlei Vorzüge von dem zwar weit edleren, aber weit empfindlicheren, leidenschaftlicheren und sozusagen etwas leichtfertigeren Pferde und natürlich auch vor dem schwächeren Esel geben. Es ist eine durchaus nicht zu gewagte Behauptung, sagt ein Reisender und Kenner jener Länder, Herr v. Schudt, „daß ohne das Maultier die Kulturstufe in einem großen Teile Südamerikas eine weit niedrigere sein würde, als sie heute ist.“

Beinahe noch allgemeiner als der Gebrauch des Pferdes als Transportier ist die Verwendung des Kindes zu genannten Zwecken. Wir finden Kinder als Lastenträger auf Java und Ceylon, wir kennen die berühmten Ochsenwagen der Buren, deren Lasten überhaupt unzertrennlich verknüpft sind mit diesen Tieren, und wir erinnern uns aus Indianergeschichten der Vorspanne, die die Einwanderer vor ihren ungeflügten Karreten hatten, während die männlichen Mitglieder der Truppen zu Pferde waren. Bei uns freilich besaßen wir das Kind kaum als Transportier, und selbst die Rolle als Zwitter ist ganz verschwindend gegen die Verwendung als Milchvieh und Fleischproduzent. Anders ist es bereits im Süden unseres Erdteils. Italiens Büffelkaren werden wohl allen Lesern in natura oder aus Bildern in Erinnerung sein. Verschiedene Afrikareisende empfehlen aufs wärmste den Meistler. Major von Wissmann schreibt hierüber anläßlich seiner zweiten Durchquerung Afrikas: „Mit dem prachtvollen Meistler der Westküste, dem Esel, der alle Gangarten geht, springt und in schwierigem Ter-

rain durch kein anderes Tier zu ersetzen ist, bin ich bis Langansika gekommen.“

Wo in den Einöden des eifigen Nordens die Pferde und unsere Wiederkauer den Dienst versagen und der kümmerliche Pflanzenwuchs selbst dem genügsamsten Menschen, wenn er allein bliebe, die Existenz unmöglich machen würde, da führt doch das von dürftigen Moosen, harten Flechten und Sträuchern genährte Meistler sich wohl und gewährt dem Menschen Lebensunterhalt und Wanderkraft. Weder mit unseren Schaf- und Rinderherden, noch zu Fuß hätte er die Länder Sibiriens und die Moosheiden Lapplands bewältigen können. Nur mit dem Meistler, das ihnen Milch, Bind, und Schaf zu gleicher Zeit ist, das ihnen Werk und Nahrung gibt, mit dessen Fellen sie ihren Leib schützen und ihre Hüften decken, das sie reiten und vorspannen, das den Mittelpunkt ihres ganzen Lebens bildet, haben die Lappen, die Samojeden, die Eskimos und noch andere Völker sich bis in die Nähe des Nordpols hinaus zu verbreiten vermocht. Ohne das Meistler wären zahllose Inseln und Halbinseln, große Gliedmaßen unfreier Länderkontinents ohne menschliche Bewohner, d. h. ohne Seele geblieben. Mit ihm ist auch dort eine Heimat geschaffen worden. Neuerdings hat das schlichte Zusammenschmelzen der Eskimos in Nordwestamerika unter dem Einfluß der Goldgräberien in Alaska zu einem Versuch mit Einführung des Meistlers in jene Gegenden geführt. Es handelt sich dabei um eine Vorversuchsprobe für die genannte Urbevölkerung, deren Seehundjagd und Fischerei durch die weißen Einwanderer ziemlich abgeschnitten sind; überall an den Flußmündungen dieses Gebietes finden sich große Fischkonserven-Fabriken und Tranchoferien, deren Fang- und Jagdbetrieb die Eskimos mit ihren primitiven Hilfsmitteln nicht gewachsen sind. Aus diesem Grunde ist jetzt die Einführung des Meistlers aus Sibirien nach Alaska begonnen worden. Die sibirischen Eingeborenen nämlich haben sich mit ihren Meistler noch immer ein vorzügliches Nahrungsmittel bewahrt. Man hat es anfangs mit wilden Meistlern versucht, dann aber die zahmen vorgezogen, da sich diese für Akklimatation weit besser eignen. Anfangs kaufte man Meistler bei den Tungusen, neuerdings aber zieht man die norwegischen vor, die wider jede Voraussage den Transport zur See vorzüglich vertragen. Von 526 in Drontheim nach New-York eingeschifften ging auf einer 24tägigen Fahrt nur ein Tier ein, obgleich die Fahrt sehr fürnischig war und

Ursachen der Streiks	Zahl der Streiks	Beteiligte Personen	Von den Streiks hatten vollen Erfolg		Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg	
			Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Abwehrstreiks.						
Austritt aus der Organisation	16	392	6	37,5	212	54,1
Mäßregelung	268	11025	120	45,3	4664	42,3
Lohnreduzierung	322	10571	213	67,0	5920	56,0
Verlängerung d. Arbeitszeit	41	3556	24	61,5	601	16,9
Nichteinhaltung der allg. üblichen Lohn- u. Arbeitsbedingungen	136	5539	82	62,1	2718	49,1
Einführung einer Fabrikordnung	29	1576	19	67,9	1070	67,9
Schlechte Behandlung der Arbeiter	33	802	22	66,6	495	61,7
Andere Ursachen	169	5469	89	54,0	2507	45,8
	[1014]	[8930]	575	57,7	[8187]	46,7

Die Abwehrstreiks erforderten insgesamt einen Kostenaufwand von 1 293 455 Mk. Von den an Abwehrstreiks beteiligten Personen wurde der Verlust an Arbeitszeit für 38 103 festgestellt. Diese Streikenden hatten zusammen 637 421 verlorene Arbeitstage und 2 514 065 Mk. Verlust an Arbeitsverdienst aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der in den Jahren 1900—1906 stattgefundenen Abwehrstreiks beträgt 4246 und die Gesamtzahl der an denselben beteiligten Personen 162 663. Insgesamt endeten 2163 = 50,8 pCt. der Streiks mit vollem und 566 = 13,3 pCt. mit teilweisem Erfolg. Von den seit 1900 insgesamt an Abwehrstreiks beteiligten Personen hatten 75 793 = 46,6 pCt. vollen und 27 331 = 16,8 pCt. teilweisen Erfolg.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg		Teilweisen Erfolg	
			Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	292	14205	122	41,7	4670	32,7
1901	401	17801	149	37,1	4886	28,2
1902	516	16263	225	43,6	6412	39,4
1903	597	22067	310	51,8	9929	45,0
1904	627	23128	337	53,7	12998	56,2
1905	809	30679	445	56,9	18711	61,0
1906	1014	38930	575	57,7	18187	46,7
Gesamt	[4246]	[162663]	[2163]	[50,8]	[75793]	[46,6]

Während bei den Angriffstreiks die Erfolge bedeutend besser sich gestalteten als im Jahre 1905, war bei den Abwehrstreiks der Erfolg geringer als im Vorjahre. 1906 wurde das Gesamtergebnis allerdings durch den erfolglos verlaufenen Streik der Bergarbeiter des Ruhrreviers ungünstig beeinflusst. Aber auch ohne diesen Streik wäre der Erfolg bei den Angriffstreiks 1905 geringer als 1906. Ohne die Bergarbeiter war 1905 für 40,2 pCt. der an An-

griffstreiks Beteiligten voller Erfolg zu verzeichnen, 1906 aber hatte die Hälfte aller an Angriffstreiks beteiligten Personen, nämlich 91 693 von 183 756, vollen Erfolg.

Bei den Abwehrstreiks hatten 1905 61 pCt. der Beteiligten vollen Erfolg. Das Jahr 1906, das mehr als 8000 an Abwehrstreiks beteiligte Personen mehr aufweist als das Jahr 1905, brachte nur für 46,7 Prozent der Beteiligten vollen Erfolg. Innerhalb sieht das Ergebnis noch über dem Durchschnitt der letzten sieben Jahre 1900—1906, wie die vorstehende Tabelle zeigt.

Die Aussperrungen.

Hatten die Aussperrungen schon im Jahre 1905 eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen, so spielten sie 1906 eine noch bedeutendere Rolle im wirtschaftlichen Kampfe, obgleich die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter geringer war als im Jahre 1905. Die Zahl der Aussperrungen steigt nicht nur relativ von Jahr zu Jahr, sondern sie nimmt auch zu im Verhältnis zu den Arbeitskämpfen überhaupt. Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	davon waren Aussperrungen	Von 100 Lohnkämpfen waren Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	85	11,7
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1

Die sehr minimalen Erfolge, die die Unternehmer bisher mit ihrer Aussperrungstaktik erreicht haben, haben diese nicht entmutigt; sie greifen zu dem beliebtesten gewordenen Mittel der Gegenwehr immer häufiger, und vielleicht weniger dabei auf Erfolg für sich rechnend, als in der Absicht, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen, was allerdings vom Unternehmertum auch als Erfolg angesehen wird.

An den 421 Aussperrungen des Jahres 1906 waren insgesamt 93 356 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, während 1905 an 253 Aussperrungen zusammen 144 047 Personen beteiligt waren. Es wurden also 50 691 Arbeiter weniger ausgesperrt als im Jahre 1905. Die Aussperrungen aber wurden 1906 mit besonderer Ausdauer geführt. Der den Arbeitern durch Aussperrungen verursachte Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst wurde 1905 für 135 821 Ausgesperrte festgestellt. Der gesamte Verlust an Arbeitszeit betrug für diese 1 797 256 Arbeitstage. 1906 konnte der Verlust für 89 028 Ausgesperrte festgestellt werden und betrug derselbe für diese Ausgesperrten insgesamt 2 320 069 Arbeitstage. Während also 1905 im Durchschnitt auf einen Ausgesperrten 13 verlorene Arbeitstage kamen, beträgt im Jahre 1906 der Verlust für den einzelnen Ausgesperrten 26 Tage.

Die Gesamtausgabe für Aussperrungen im Jahre 1906 betrug 5 315 079 Mk. Auf jeden Ausgesperrten entfielen durchschnittlich 56,90 Mk. von den Gesamtausgaben, während 1905 nur 29,18 Mk. pro Kopf der Ausgesperrten von den Gesamtausgaben entfielen. Was wir eingangs von den Lohnkämpfen des Jahres 1906 allgemein sagten, nämlich, daß sie mit beson-

derer Schärfe und Ausdauer geführt worden sind, das trifft für die Aussperrungen im besonderen zu, und in welchem Maße die Gewerkschaften durch die Aussperrungen finanziell in Anspruch genommen werden, ergibt sich daraus, daß von den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen auf den Kopf der Beteiligten 42,80 Mk. entfielen, während die Kosten bei den Aussperrungen 56,90 Mk., bei den Angriffstreiks aber nur 36,40 Mk. pro Kopf betragen.

Die Taktik der Unternehmer, bei ausbrechenden Differenzen mit der Aussperrung vorzugehen, ohne daß die Arbeiter an eine Arbeitseinstellung denken, wurde im letzten Jahre noch häufiger angewandt als früher. Es wurden in 160 Fällen Aussperrungen verhängt, wo lediglich Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit die äußere Veranlassung dazu bildeten. In 34 Fällen versuchten die Unternehmer mittels Aussperrung die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu erzwingen. Zu 64 Aussperrungen gab die Matfeiler Veranlassung, und in 18 Fällen sperrten die Unternehmer aus, nachdem sie durch Lohnabzüge, Arbeitszeitverlängerung oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen die Arbeiter zum Abwehrstreik gezwungen hatten. Nur 82 Aussperrungen von 421 erfolgten auf Angriffstreiks.

Ursachen der Aussperrungen	Zahl der Aussperrungen	Beteiligte Personen	Von den Aussperrungen hatten vollen Erfolg		Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg	
			Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Ein Angriffstreik	82	32547	55	67,1	6941	21,3
Ein Abwehrstreik	18	4989	10	62,5	2060	41,3
Feiern am 1. Mai	64	12122	7	10,9	334	2,7
Austritt aus der Organisation	34	2041	13	42,0	469	23,0
Differenz wegen Lohnhöhe bezw. Arbeitszeit	160	35891	45	28,7	6893	19,2
Sonstige Ursachen	63	5766	12	20,0	1355	23,5
	421	93356	142	34,6	18052	19,3

Von den Aussperrungen, die infolge von Angriffstreiks verhängt worden sind, hatten 55 mit 6941 Beteiligten vollen und 15 Aussperrungen mit 23 092 Beteiligten teilweisen Erfolg. Von den 18 Aussperrungen mit 4989 Beteiligten, die infolge von Abwehrstreiks stattfanden, endeten 10 Aussperrungen mit 2060 Beteiligten erfolgreich. Wegen „Austritt aus der Organisation“ wurden 2041 Arbeiter in 34 Fällen ausgesperrt. Das Verlangen der Unternehmer wurde in 13 Fällen von insgesamt 469 Arbeitern erfolgreich befriedigt. Von den 35 891 Arbeitern, die wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe bezw. Arbeitszeit ausgesperrt wurden, hatten in 45 Fällen insgesamt 6893 Arbeiter vollen und in 77 Fällen zusammen 23 442 Arbeiter teilweisen Erfolg. Aus sonstigen Ursachen wurden 63 Aussperrungen verhängt und davon 5766 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. 12 Aussperrungen mit 1355 Beteiligten endeten erfolgreich und 12 Aussperrungen mit 1476 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Das Feiern am 1. Mai wurde in 64 Fällen von den Unternehmern mit Aussperrungen beantwortet. Beteiligt waren an diesen Aussperrungen 12 122 Personen. Daran ist der Holzarbeiterverband allein mit 36 Aussperrungen und 6205 Ausgesperrten beteiligt. Der Metallarbeiterverband hat jedoch über seine „Mataussperrungen“ keine Angaben gemacht, so daß die Zahl der wegen Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten unvollständig ist.

Von einem Erfolg seitens der Arbeiter kann bei den Mataussperrungen, sofern nicht andere Forderungen damit verbunden sind, keine Rede sein. Meistens lassen die Arbeiter die Maßregel der Aussperrung auf Zeit über sich ergehen, vereinzelt werden jedoch auch Gegenforderungen gestellt, und ein Kampf beginnt. Und nur in solchen Fällen kann von einem Erfolg oder Mißerfolg seitens der Arbeiter gesprochen werden. Die Zahl solcher Fälle ist nicht mit Sicherheit festzustellen, jedoch ist sicher, daß in den Fällen, für die voller oder teilweiser Erfolg verzeichnet ist, Forderungen gestellt worden sind. Voller Erfolg ist angegeben für 7 Aussperrungen mit 334 Beteiligten und teilweiser Erfolg für 2 Aussperrungen mit 4283 Beteiligten.

Von dem gesamten Aussperrungen im Jahre 1906 hatten 33,7 pCt. vollen Erfolg, 25,6 pCt. teilweisen Erfolg und 27,8 pCt. hatten keinen Erfolg.

Jahr	Zahl der Aussperrungen	Zahl der Beteiligten	Verlust an Arbeitszeit		Gesamtausgabe	Ergebnis in Prozenten		
			Tage	festgestellt für Beteiligte		erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
1900	46	14680	182866	8927	600493	34,8	24,0	26,0
1901	35	8460	124276	6088	288576	26,0	26,0	37,1
1902	56	6791	117196	4910	308023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45763	1512771	32036	1798801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31402	607286	35579	1870647	37,2	25,5	37,2
1905	253	144047	1797256	135821	4193250	21,5	51,5	23,4
1906	421	93356	2320069	89028	5315079	33,7	25,6	27,8
Gesamt	[1005]	[344449]	[6661719]	[312389]	[14369869]	[28,9]	[29,3]	[27,8]

Vom Jahre 1900 bis Ende 1906 fanden insgesamt 1005 Aussperrungen statt. Ausgesperrt wurden 344 449 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtausgaben für diese Aussperrungen betragen 14 369 869 Mk. Das sind 33,7 pCt. der gesamten Ausgaben, die die Gewerkschaften seit 1900 für Streiks und Aussperrungen zu machen hatten.

Das ist im Grunde der hauptsächlichste Erfolg, den die Unternehmer durch die Aussperrungen erzielen, daß sie den Gewerkschaften ungeheure Opfer

die Tiere Tag und Nacht auf dem Deck von den Sturzseen überschüttet wurden. Man erzieht jetzt die alaskischen Eskimos zu Rentierhirten; nach einjähriger Lehrzeit erhält ein Eskimo zwei Tiere zum Eigentum mit der Bedingung, daß diese zunächst bei der Hauptherde bleiben sollen; bewährt er sich, kann bekommt er mehr Rentiere; nach vier bis fünf Jahren können zwei bis drei Eskimos auf diese Weise eine ganze Herde zusammen haben und damit eine Familie ernähren. Ursprünglich als philanthropisches Mittel zur wirtschaftlichen Erhaltung der Eskimos gedacht, hat sich diese Einrichtung auch jetzt wirtschaftlich bewährt; die zukünftigen Goldgräber bekommen durch die Rentiere frisches Fleisch. Die Post wird statt wie früher durch Hunde, jetzt durch Rentierhirschen besorgt. Die Tiere fahren im Zweigespann wie die Pferde und können bis zu 400 Kilogr. ziehen. Vor einigen Wintern vermochte man mittels der Rentierhirschen 400 Walfischjäger zu retten, die bei Point Barrow eingefroren waren; ohne diese Tiere hätten sie elend verhungert müssen. Man hat dort jetzt eine ständige Rentierstation zur Versorgung der Walfischjäger mit frischem Fleisch eingerichtet. Ueberhaupt hat neuerdings der weiße Mann in Alaska das Rentier ebenso nötig wie der Eskimo. Man will das Tier jetzt auch in dem dänischen Grönland ansiedeln, wo trotz des Branntweinverbots die Urbewohner gleichfalls im Dankscheiden ist, weil die Zivilisation ihr die nächstliegende Ernährung in Gestalt von Seehundsjagd und Fischfang bereits empfindlich zu schmälern beginnt. Der Hund, dieser uralte und treuer Begleiter des Menschen, wird bei uns zwar — und wir freuen uns darüber — nur recht selten zum Ziehen und Transport benutzt. Aber in den arktischen Gegenden leistet er im Verkehr unschätzbare Dienste. Man braucht nur an die verschiedenen Expeditionen über das Eis der Polargegenden zu erinnern, um die hohen Dienste, die die Hunde in jenen unwirtlichen Gegenden den Forschern geleistet haben, nach Gebühr zu schätzen. Nirgends aber dürfte der Hund von so hohem Werte sein, wie auf Kamtschatka. Der kamtschatkische Hund hat Ähnlichkeit mit dem Wolfshund unserer Schäfer, er ernährt sich nur von Fischen; vom Frühling bis in den späten Herbst bekümmert man sich nicht im geringsten um ihn; er geht überall frei umher und lauert den ganzen Tag an den Klüften auf Fische, die er sehr behende zu fangen weiß. Wenn er Fische gemut hat, so frist er, wie der Bär, nur die Köpfe. Im Oktober sammelt jeder seine Hunde, bindet sie

an den Pfeilern der Balagaven an und läßt sie weidlich hungern, damit sie ihr Fett verlieren und besser laufen können. Ihre Stärke ist staunenswert. Gewöhnlich spannt man nur fünf Hunde an einen Schwitten; sie ziehen drei erwachsene Menschen mit 60 Pfund Gepäck behende fort. Das Pferd wird da niemals den Hund als Zugtier verdrängen können wegen des allzu tiefen Schnees, über den die Hunde hinlaufen, während ein Pferd bis an den Leib einfällt, sowie auch wegen der vielen steilen Gebirge und der zahlreichen Flüsse und Quellen, die entweder gar nicht oder doch nicht so fest zufrieren, daß sie ein Pferd tragen könnten. Wegen der schrecklichen Sturmwirbel hat man auch niemals oder selten auf einen gebahnten Weg zu hoffen. Uebrigens ist das Reisen mit Hundebanden ebenso gefährlich als beschwerlich. Statt der Peitschen bedient man sich dabei des Schwanzes, eines krümmen, mit eisernen Ringen versehenen Stöckes. Das durch Schütteln hervorgebrachte Klingeln gibt dem Leithund die nötigen Zeichen. Wenn das Gespann sich zu sehr der Faulheit hingibt, so wirft man den Dschol darunter, um es aus seiner Trägheit aufzurütteln. Dann muß aber der Reisende geschickt genug sein, den Stoß im Vorbeirennen wieder aufzugreifen. Die Hunde sind vorzüglichste Wegweiser und wissen sich auch in dem größten Sturm, wenn man kein Auge aufmachen kann, zurechtzufinden; sind die Schneegestöber so stark, daß man liegen bleiben muß, wie es sehr oft geschieht, so erwärmen sie ihren Herrn, liegen neben ihm stundenlang ruhig und stille, so daß er unter dem Schnee sich um nichts zu kümmern hat, als daß er nicht allzu tief begraben und erstickt werde. Auch hat man immer die sicherste Nachricht von dem herannahenden Unwetter durch die Hunde. Denn wenn diese beim Nasten Graben in den Schnee graben und sich hineinlegen, so kann man mit voller Gewißheit einen Sturm erwarten.

Vielleicht liehe sich diese Sitze über die bedeutungsvolle Rolle der Tiere im Verkehr der Völker, die auch im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität durchaus noch nicht beendet ist, noch weiter vervollständigen. Aber auch aus den mitgeteilten Tatsachen geht schon zur Genüge hervor, daß das menschliche Dasein ohne jene Tiere in gewissen Regionen in Frage gestellt, in anderen zum mindesten weniger angenehm gestaltet wäre.

anfertigen. Doch diese sind den Anforderungen stets gewachsen gewesen und, daß sie es auch in Zukunft sein werden, dafür bürgt der Eifer und die Solidarität der deutschen Klassenbewußten Arbeiter. Durchbrungen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, im Bewußtsein der gewaltigen Macht, stehen die organisierten Arbeiter dem organisierten Unternehmertum stets kampfbereit gegenüber. Sowie zu Unterhandlungen, aber auch jeden Augenblick zum Losschlagen bereit, nur so ist es den Gewerkschaften möglich, ein übermäßiges Unternehmertum gebührend in den Schranken zu halten. Was durch die Streiks und Aussperrungen erreicht worden ist, haben wir in der „Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“ nachgewiesen. Es ist festgestellt, daß mehr als durch die Aussperrungen, durch paritätisches Verhandeln erreicht wurde. Fest steht aber auch, daß die gesamten Errungenschaften nur der Macht der Organisation zu danken sind. Gestützt auf diese Macht und in vollem Vertrauen auf die Solidarität der Klassenbewußten Arbeiter können wir den ferneren Ereignissen mutig entgegensehen.

Der Reichseisenbahnverkehr im Jahre 1906.

Von der im Reichs-Eisenbahnamt bearbeiteten Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands, abgesehen von den sogenannten Kleinbahnen, ist der die Ergebnisse des Rechnungsjahres 1906 umfassende Band XXVII (Verlag der Königl. Hofbuchhandlung von C. S. Mittler u. Sohn) erschienen. Nachstehend werden einige wesentliche Ergebniszahlen des Werkes mitgeteilt und — soweit anging — den entsprechenden Angaben aus dem vor 10 Jahren erschienenen XVII. Band (Rechnungsjahr 1896) gegenübergestellt.

Die Eigentümlänge der deutschen vollspurigen Eisenbahnen ist von 46 171 Km. am Ende 1896 auf 55 747 Km. am Ende 1906, also um 20,7 pCt. gewachsen. Von dieser Länge entfielen 1896 43 071 Kilometer oder 92,3 pCt. auf Staatsbahnen und 3100 Km. oder 6,7 pCt. auf Privatbahnen, 1906 dagegen 51 694 Km. oder 92,7 pCt. auf Staatsbahnen und 4053 Km. oder 7,3 pCt. auf Privatbahnen. Nach der Betriebsart waren 1896 31 891 Km. oder 69,1 Prozent Hauptbahnen und 14 280 Km. oder 30,9 pCt. Nebenbahnen, 1906 dagegen 33 655 Km. oder 60,4 pCt. Hauptbahnen und 22 092 Km. oder 39,6 pCt. Nebenbahnen vorhanden. Die Hauptbahnen haben somit nur um 5,6 pCt., die Nebenbahnen aber um 54,7 pCt. zugenommen.

Bei einem Flächeninhalt von rund 540 778 Quadrat-Kilometer besaß Deutschland 1906: 46 115 Kilometer, 1906 dagegen 55 518 Km. vollspurige Eisenbahnen, so daß auf 100 Qm. entfielen 1896: 8,53 Km. und 1906: 10,27 Km. Eisenbahnen. Auf 100 000 Einwohner, deren im Reich im ersteren Jahr 52 73 Mill., im letzteren 61,18 Mill. gezählt wurden, kamen 1896: 8,74 Km. und 1906: 9,08 Km. Eisenbahnen.

Zur Bewältigung des Verkehrs standen den vollspurigen deutschen Eisenbahnen im Rechnungsjahr 1906 22 855 Lokomotiven, 47 057 Personenzüge einschließlich 141 Triebwagen und 479 061 Gepäck- und Güterwagen einschließlich 2 Triebwagen zur Verfügung. Gegen 1896 hat bei den Lokomotiven eine Zunahme von 39,8 pCt., bei den Personenzügen von 45,3 pCt. und bei den Gepäck- und Güterwagen von 38,3 pCt. stattgefunden. Die Beschaffungskosten der Betriebsmittel haben sich von 1988,93 auf 3065,88 Millionen Mark oder um 54,1 pCt. erhöht. Davon entfielen 1081,12 Mill. auf Lokomotiven nebst Tendern, 769 Mill. auf Triebwagen, 585 64 Millionen Mark auf Personenzüge und 1391,43 Millionen Mark auf Gepäck- und Güterwagen.

Von den eigenen und fremden Lokomotiven und Triebwagen sind im Jahre 1906 im Zügen, im Vorrangdienst, bei Leerfahrten und im Rangierdienst 1037,71 Millionen, mithin auf 1 Km. der durchschnittlichen Betriebslänge 18 782 Lokomotiv-Kilometer zurückgelegt worden; davon wurden 672,34 Millionen als eigentliche Nutzleistung, d. h. zur Beförderung von Zügen geleistet. Gegen 1896 haben die Lokomotiv-Kilometer um 73,0 pCt., die Nutzleistung um 66,8 pCt. und die auf das Kilometer Betriebslänge entfallenden Lokomotiv-Kilometer um 43,5 pCt. zugenommen.

An Zügen entfielen auf das Betriebs-Kilometer:

1896	8 345	oder täglich	22,86	Züge
1906	11 463	"	31,41	"

Die eigenen und fremden Personen-, Gepäck-, Güter- und Postwagen haben auf den vollspurigen Betriebsstrecken im Jahre 1906 24 446 81 Mill. und auf 1 Km. der durchschnittlichen Betriebslänge 441 305 Wagenachskilometer geleistet. Auf die Personenzüge entfielen hiervon 6127,88 auf die Gepäck- und Güterwagen 17 845,82 und auf die Postwagen 473,11 Millionen Achskilometer. Auch hier ist gegen das Jahr 1896 ein erhebliches Wachstum zu verzeichnen: bei den Wagenachskilometern im ganzen um 59,4 pCt., bei den Personenzügen um 86,3 pCt., bei den Gepäck- und Güterwagen um 52,3 pCt. und bei den Postwagen um 42,2 pCt. Die auf das Kilometer Betriebslänge entfallende Anzahl Wagenachskilometer hat sich um 32,3 pCt. gehoben.

Von den auf eigenen und fremden Betriebsstrecken geleisteten Achskilometern der eigenen Wagen entfielen auf eine Personenzugachse 50 785, eine Gepäckwagenachse 55 094 und auf eine Güterwagenachse 17 425.

Die beförderte Nutzlast, die sich aus dem Gewicht der Personen nebst Handgepäck (zu 75 Kg. gerechnet), des Gepäcks der Hunde, des Viehs und der Güter

aller Art zusammensetzt, ist von 29 260,04 auf 50 361,68 Mill. Tonnenkilometer, also um 72,1 pCt., die tote Last (das Eigengewicht der Wagen, Lokomotiven, Tender, Triebwagen) von 80 046,66 auf 147 795,25 Mill. Tonnenkilometer, also um 84,6 pCt. gestiegen. Außerdem wurden von den als Frachtgut beförderten Eisenbahnfahrzeugen auf eigenem Nähern im Jahre 1896 17,05 Mill. und im Jahre 1906 16,95 Mill. Tonnenkilometer oder 0,6 pCt. weniger geleistet. Auf jedem Kilometer der durchschnittlichen Betriebslänge wurde im Jahre 1906 eine Gesamtlast von 3,58 Mill. To. gegen 2,38 Mill. To. im Jahre 1896, mithin 50,4 pCt. mehr bewegt.

Die Ausnutzung des Ladegewichts der bewegten Achse ist bei den Personenzügen von 23,94 auf 24,82 Prozent gestiegen, bei den Gepäckwagen aber von 2,87 auf 2,03 pCt. und bei den Güterwagen von 45,37 auf 45,31 pCt. zurückgegangen. Die auf die einzelne (leere oder beladene) Güterwagenachse entfallende Nutzlast ist von 2,59 To. auf 2,95 To. gestiegen.

Der Personenverkehr hat in dem Zeitraum von 1896 bis 1906 einen weiteren Aufschwung genommen. Im Jahre 1906 wurde eine Einnahme von 736,41 gegen 444,61 Mill. Mk. im Jahre 1896, mithin ein Mehr von 65,6 pCt. erzielt. Jedes Kilometer brachte eine Einnahme von 13 598 Mk. gegen 9856 Mk. im Jahre 1896, mithin ein Mehr von 34,92 pCt., das ist 38,0 pCt. Dagegen ist die Einnahme auf je 1000 Achskilometer der Personen- und Gepäckwagen von 107 Mk. auf 96 Mk. zurückgegangen. An der Gesamteinnahme war die Einnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr mit 27,97 pCt. gegen 28,67 pCt. im Jahre 1896 beteiligt.

Die reine Personenbeförderung einschließlich Militär- und Sonderzüge hat ein Mehr von 208,88 Millionen Mark, das sind 65,6 v. H., die Beförderung von Gepäck und Sunden ein solches von 8,79 Millionen Mark, das sind 84,7 pCt. aufzuweisen, während die Nebenträge einen Zuwachs von 2,18 Millionen Mark, das sind 73,7 v. H., erzielten.

Der Anteil der Wagenklassen an der Gesamteinnahme aus der Personenbeförderung stellt sich im Jahre 1906 auf

3,83	pCt. in der I. Klasse,
20,06	" " " II. "
49,08	" " " III. "
25,22	" " " IV. "
1,81	" Militär

gegen 4,25, 24,18, 48,68, 20,05, 2,84 pCt. im Jahre 1896.

Auf jeden Einwohner Deutschlands entfielen im Jahre 1906 durchschnittlich 20 Eisenbahnfahrten gegen 12 im Jahre 1896; dagegen ist die durchschnittlich zurückgelegte Wegestrecke von 23,38 auf 22,93 Km. gesunken.

An Personenkilometern sind im Jahre 1906 im ganzen 27 724,74 gegen 15 111,17 Mill. im Jahre 1896, also 83,5 pCt. mehr zurückgelegt worden; auf 1 Km. der durchschnittlichen Betriebslänge beträgt die Zunahme 52,8 pCt. Der Anteil der Wagenklassen an den Personenkilometern stellt sich 1906 auf

1,34	pCt. in der I. Klasse,
11,73	" " " II. "
47,37	" " " III. "
35,00	" " " IV. "
4,55	" Militär

gegen 1,51, 14,56, 49,96, 28,65 und 5,32 pCt. im Jahre 1896.

Die durchschnittliche Einnahme für ein Personenkilometer hatte im Jahre 1896 2,83 Pf. betragen und ist auf 2,56 Pf., also um 9,5 pCt. im Jahre 1906 zurückgegangen.

Die der Personenverkehr, hat auch der Güterverkehr hinsichtlich des Umfangs und der Ertragssteigerung erfahren.

Während die Einnahme im Jahre 1896 1071,27 Millionen Mark betragen hat, ist sie im Jahre 1906 auf 1706,16 Mill. Mk. gewachsen, mithin hat eine Zunahme von 59,2 pCt. stattgefunden. Jedes Kilometer brachte eine Einnahme von 23 361 Mk. im Jahre 1896, dagegen 30 907 Mk. im Jahre 1906, also 32,3 pCt. mehr.

Die Einnahme auf je 1000 Achskilometer der Güterwagen hat sich von 99 Mk. auf 104 Mk. gehoben. An der Gesamteinnahme war die Einnahme aus dem Güterverkehr mit 64,76 pCt. gegen 67,56 Prozent im Jahre 1896 beteiligt.

Die Anzahl der zurückgelegten Tonnenkilometer der gegen Frachtberechnung beförderten Güter mit Ausschluß des Postgutes ist von 26 672 00 im Jahre 1896 auf 45 352,61 Mill. im Jahre 1906, also um 70 pCt. gestiegen. Bei Zurückführung der geleisteten Tonnenkilometer auf 1 Km. der durchschnittlichen Betriebslänge hat sich eine Zunahme von 581 637 Tonnenkilometern im Jahre 1896 auf 858 303 Tonnenkilometer im Jahre 1906, mithin um 276 666 Tonnenkilometer oder 47,6 pCt. ergeben. Die durchschnittliche Einnahme auf 1 Tonnenkilometer des Frachtguts ist von 3,91 auf 3,65 Pf., also um 6,6 pCt. gefallen.

Für die vollspurigen deutschen Bahnen beliefen sich die Bauaufwendungen, worunter die eigentlichen Baukosten und verschiedene sonstige Aufwendungen (Zinsen während der Bauzeit, Kurzverluste, erste Dotierung des Reserve- und Erneuerungsfonds usw.) zu verzeichnen sind, im Jahre 1896 im ganzen auf 11 377,73 Mill. Mk., somit auf 1 Km. der Eigentümlänge auf 247 066 Mk. Sie sind im Rechnungsjahre 1906 im ganzen auf 14 798,75 Mill. Mk. und für 1 Km. der Eigentümlänge auf 265 462 Mk. gestiegen. Wenn Gesamtbeträge hat also eine Zunahme von 30,1 pCt. und für das Kilometer eine solche von 6,5 pCt. stattgefunden. Die Kosten des letzten Erwerbs, also das eigentliche Anlagekapital der letzten

Eigentümer, stellten sich etwas höher als die Bauaufwendungen, nämlich im Jahre 1896 auf 11 603,78 und im Jahre 1906 auf 15 041,26 Mill. Mk. oder 269 812 Mk. auf 1 Km.

Die gesamten Betriebseinnahmen ausschließlich des Pachtzinses sind von 1585,74 Mill. Mk. im Jahre 1896 auf 2625,78 Mill. Mk. im Jahre 1906, also um 65,6 pCt. gestiegen, obwohl die durchschnittliche Betriebslänge nur um 20,5 pCt. zugenommen hat. Auch die auf das Kilometer Betriebslänge sowie auf 1000 Wagenachskilometer aller Art berechneten Einnahmen sind gestiegen, und zwar von 34 499 auf 47 000 Mk. gleich 37,4 pCt. bezw. von 103 auf 107 Mark gleich 3,9 pCt., während die Einnahmen auf 1000 Nutzkilometer von 3934 auf 3905 Mk. gleich 0,7 pCt. zurückgegangen sind.

Die Betriebsausgaben ausschließlich der Kosten für erhebliche Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen und der Pachtzinsen sind in der Zeit von 1896 bis 1906 von 869,35 auf 1664,80 Mill. Mk., also um 91,5 pCt., die Ausgaben auf 1 Km. der durchschnittlichen Betriebslänge von 18 913 auf 30 052 Mark, also um 58,9 pCt. gestiegen. Auch die auf 1000 Nutz- und auf 1000 Wagenachskilometer aller Art berechneten Ausgaben sind gestiegen, nämlich von 2157 Mk. in 1896 auf 2476 Mk. in 1906 bezw. von 57 Mk. auf 68 Mk. Der Prozentsatz der Betriebsausgaben im Verhältnis zu den Betriebseinnahmen hat sich im Jahre 1896 auf 54,82 und im Jahre 1906 auf 63,40 gestellt.

Unter Ausschreibung der Kosten für erhebliche Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen sowie der Pachtzins hat der Ueberschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben betragen im Jahre 1896: 716,39, im Jahre 1906: 960,98 Millionen Mark, er hat also um 34,1 pCt. zugenommen, dagegen ist er im Verhältnis zu der Gesamteinnahme nach Ausschreibung des Pachtzinses von 45,18 auf 36,60 pCt. gesunken.

Als Rentendeckung der betriebenen Strecken verwendeten Anlagekapitals betrachtet, ergab der Betriebsüberschuss im Jahre 1896 6,32 pCt., im Jahre 1906 dagegen 6,47 pCt. Jedes Kilometer der durchschnittlichen Betriebslänge brachte im Jahre 1906 17 347 gegen 15 585 Mk. im Jahre 1896, mithin ein Mehr von 1762 Mk. oder 11,3 pCt.

Die Anzahl der Beamten und Arbeiter einschließlich der Handwerker, Lehrlinge und Frauen betrug im Jahre 1906 648 437 Personen, mithin kam auf je 94 Einwohner ein Eisenbahnbediensteter. Gegen das Jahr 1896 hat eine Vermehrung der Beamten und Arbeiter von 206 021 Personen oder 46 6 pCt. stattgefunden, während in gleicher Zeit die Eigentümlänge der Eisenbahnen nur um 20,7 pCt. zugenommen hat.

Die Besoldungen und sonstigen persönlichen Ausgaben für Beamte und Arbeiter betragen im Jahre 1906 unter Einzurechnung von 56,58 Mill. Mk. für Wohnfahrtszwecke im ganzen 970,70 gegen 556,53 Millionen Mark im Jahre 1896; sie haben mithin um 74,4 pCt. zugenommen. Die Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben ist hiernach beträchtlich mehr gewachsen als die Gesamtzahl der Beamten und Arbeiter, so daß die durchschnittliche Aufwendung für jede beschäftigte Person von 1258 Mk. auf 1497 Mk. gleich 19,0 pCt. gestiegen ist.

Die Eigentümlänge der dem öffentlichen Verkehr dienenden Schmalspurbahnen — ausschließlich der sogenannten Kleinbahnen — betrug am Ende des Jahres 1896: 1318 Km.; bis Ende 1906 ist sie auf 2066 Kilometer, also um 748 Km. oder um 56,8 Km. gestiegen.

An Betriebsmitteln standen den Schmalspurbahnen im Jahre 1906: 450 Lokomotiven, 1198 Personenzüge und 10 038 Gepäck- und Güterwagen zur Verfügung, während im Jahre 1896 nur 284 Lokomotiven, 747 Personenzüge und 6325 Gepäck- und Güterwagen vorhanden waren. Von diesen Betriebsmitteln wurden geleistet im Jahre 1896: 5 491 092 Nutz- und 90 107 400 Wagenachskilometer, im Jahre 1906: 9 789 036 und 151 569 948.

An Baukosten waren aufgewendet im Jahre 1896 im ganzen 76,46 Mill. Mk. und auf 1 Km. Eigentümlänge 57 992 Mk., im Jahre 1906 dagegen 155,62 Mill. Mk. bzw. 75 327 Mk. Die kilometrischen Kosten sind somit um 29,9 pCt. gestiegen.

Ausschließlich der Ergebnisse der Schmalspurbahnen der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen sind die Betriebseinnahmen von 6,12 Mill. Mk. im Jahre 1896 auf 12,77 Mill. Mk. und die Betriebsausgaben von 4,67 auf 9,54 Mill. Mk. gestiegen, während der Betriebsüberschuss von 1,45 auf 3,23 Mill. Mk. zugenommen hat.

Briefkasten.

An unsere Korrespondenten. Wir bitten die Kollegen, über das Treiben der Arbeitgeberorganisationen stets ausführlich Bericht zu erstatten. D. R.

Literarisches.

Das Protokoll des Preussischen Parteitages ist vor wenigen Tagen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Der Preis beträgt 2 Mark, eine Agitationsausgabe broschiert kostet 50 Pfennig. Bestellungen werden vom Verlage umgehend erbeten.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis pro Quartal 2,50 Mk. ertl. Porto resp. Bestellgeb.

Verantw. Redakteur: R. Brückle, Kummelburg. Verlag der Buchblg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 87.